

# Gegen Saboteure der Ernährungswirtschaft

## Scharfes Durchgreifen des Amtes für Handel und Versorgung

Immer wieder wird in der Tagespresse und im Rundfunk auf den Ernst unserer Ernährungslage hingewiesen und zum Ausdruck gebracht, daß die Versorgungsfragen äußerst gewissenhaft behandelt werden müssen. Erfreulichweise kann heute schon von einer Steigerung neu erfaßter Warenbestände berichtet werden. Es hat sich z. B. in der Provinz Sachsen in wenigen Tagen das Getreide und Mehl um weitere 20 000 Tonnen erhöht. Darüber hinaus gelang es, große Warenbestände verschiedener Großhändler zu erfassen, die bisher zurückgehalten worden waren. Täglich laufen neue Meldungen ein, die auf weitere derartige dunkle Bestände hinweisen.

Es muß noch einmal ausführlich darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Warenbewegung aus Lagern, Geschäften und Betrieben nur auf amtliche Lieferanweisung erfolgen kann. Das gilt auch für den Warenverkehr über die Provinz hinaus. Den Händlern, Firmen und Betrieben ist diese Anordnung und Regelung hinreichend bekannt. Trotzdem gibt es immer wieder Fälle, in denen Felbeträge festzustellen sind:

Aus diesem Grunde sei noch einmal ausdrücklich an die Wachsamkeit und auf die mobilisierte antifaschistische Volksmacht appelliert.

Es soll hierbei keineswegs einem unerwünschten Denunziantentum Tür und Tor geöffnet werden, jedoch ist es erforderlich, daß zur Sicherung der Ernährungslage in unserer Provinz und in der Sowjetzone überhaupt alle Bestände erfährt werden, die etwa noch schwarz vorhanden sind. Fahlmengen, die nachweisbar von deutschen Volkverbrechern verursacht wurden, müssen wieder aufgebracht werden. Es kommt heute auf jedes Gramm an!

Um unser Dasein zu erhalten, wird die neue demokratische Ordnung in verantwortungsvoller Weise gerecht und hart sein gegen alle Schleber und Betrüger. Rückstände schwarzen Wares sind eine Last, die in der besonders krassen Phase von Warenhinterziehung gebrandmarkt werden.

### Volkmars & Döllitzsch, Lebensmittelgroßhandlung, Wittenberg.

21 863 kg Zucker, Kaffee-Ersatz, Kunsthong, Mehl, Grütze und Raffinade wurden in drei Geragen versteckt aufgefunden. Die Inhaber sind verhaftet. Döllitzsch wurde die Handels-erlaubnis entzogen und für sein Geschäft ein Treuhänder eingesetzt.

### Fleischerl Böttcher, Dessau, Askanische Str., Inh. Frau Martha Böttcher.

856 kg Fleisch und Fett waren in einem besonderen Gefäß eingemauert und unter Siegel versiegelt und teilweise schon verdorben. Zwei Koffer mit Seife und Waschlauge, ein Koffer mit Wäschestücke, Wein, Spirituosen, Autodecken, Schlüchke und ein nicht registriertes Motorrad wurden im Keller und in einem Gartenbehälter aufgefunden. Das Geschäft ist polizeilich geschlossen worden.

### Zuckerfabrik Egel.

20 000 ds Zuckerbestand wurden verheimlicht.

### Organisation der internationalen Widerstandsbewegung

Paris (SNB). Wie France Press meldet, fand in Paris auf Veranlassung des Nationalverbandes der früheren Mitglieder der Widerstandsbewegung eine Versammlung der internationalen Widerstandsbewegung statt, an der Vertreter Belgiens, Hollands, Luxemburgs, Norwegens und der Tschechoslowakei teilnahmen. Die Satzungen der neuen Organisation, deren Hauptziel die Erhaltung des Geistes der Widerstandsbewegung ist, wurden einstimmig angenommen. Präsident des Büros ist Professor Gna (Tschechoslowakei). Das Generalsekretariat befindet sich in Paris.

### Internationale Gewerkschaftsgruppen

London (SNB). Nach einer Associated-Press-Meldung billigte der politische Sicherheitsausschuß der Vereinten Nationen am Dienstag einen Vorschlag der Vereinigten Staaten auf Erlaubnis für internationale Gewerkschaftsgruppen, mit dem Wirtschafts- und Sozialrat zusammen zu arbeiten, und leitete diesen an die Generalversammlung weiter. Der Vorschlag betraf die Forderungen der Weltgewerkschaftsföderation und wurde von dem Ausschuss nach einer einmonatigen Debatte angenommen.

### Sitz der UNO

London (SNB). Einer Reutersmeldung zufolge nahm der Ausschuss für die Wahl des ständigen Sitzes der Vereinten Nationen mit 22 gegen 17 Stimmen eine holländische Entscheidung an, die sich dafür ausspricht, das ständige Heim der UNO nach Westminster im Staate Neuyork und Fairfield im Staate Connecticut in den Vereinigten Staaten zu verlegen.

### Zuckerfabrik Gröningen.

25 000 ds Zucker wurden verheimlicht.

### Viehhändler Behrens, Stendal.

hat versucht, fünf Rinder schwarz über die Grenze zu schaffen. Behrens wurde verhaftet. Die Konzession zum Viehhandel wurde entzogen.

### Albert Richter, Großhandelsfirma, Bitterfeld.

verheimlichte folgende Mehrbestände:

- 7792 kg Zucker
- 1429 kg Erbsen
- 604 kg Kaffee-Ersatz
- 1705 kg Marmelade
- 283 kg Kunsthong
- 5750 kg Salz.

### Centralgenossenschaft, Zweigstelle Haldensleben.

verlief durch die Firma E. Dannenberg, Süplingen, 3500 Ztr. Kartoffeln ohne die vorgeschriebenen Proschutzverpackungen. Die Kartoffeln sind erfroren. In allen Fällen ist die Unteruchung vor dem Staatsanwalt im Gange.

### G. Ramdohr A.-G., Aschersleben.

hat unrichtige Warenbestände gemeldet. Strafverfolgung wurde angeordnet.

Zuckerfabrik Zörbig, ohne Bezugschein und Lieferschein wurden 1443 t Zucker ausgegeben. Ein großer Teil des Zuckers wurde zu unerlaubten Kompensationsgeschäften verbraucht. Verhaftet und dem Staatsanwalt übergeben wurden: Bürgermeister Dinseln, Zörbig, und der von ihm mit diesen Geschäften beauftragte Fichthorn.

In Halle wurde wegen Vergehens gegen die Preisvorschriften zum Teil mit erheblichen Ordnungstrafen belangt: 29 Einzelhandelsgeschäfte, 2 Großhandlungen und 7 Privatpersonen. Außerdem schwaben noch Ordnungstrafverfahren gegen 33 Einzelhandelsgeschäfte, 7 Großhandlungen, 7 Privatpersonen, 1 Herstellerbetrieb und 1 Industriebetrieb, welche ihren Sitz außerhalb der Stadt Halle hatten.

Fruchtlosh. Inh. Loeber & Comp., Wittenberg, hier wurde bezugsbeschränkte Ware ohne Lieferanweisungen an das Gebiet Land Sachsen und nach Berlin teilweise gegen Kompensation verschoben. Die Eigentümer des Betriebes sind im Wege der politischen Säuberung entfernt worden; das Unternehmen wird nun treuhänderisch durch die Konsumgenossenschaft verwaltet.

### Zuckerfabrik Tangermünde.

Die Überprüfung hat ergeben, daß ein Minus von 30 t vorhanden ist. Die Felbmeldungen beruhen auf fahrlässige Angabe der Betriebsleitung.

### Schuhhaus Körner, Merseburg.

wurde wegen Festsellung von Schwarzbeständen geschlossen. Der Eigentümer wurde verhaftet. Strafverfahren läuft.

# Wieder Postverkehr mit dem Ausland

## Die 36. Sitzung des Koordinierungskomitees

(SNB). Am 13. Februar fand in Berlin die ordentliche Sitzung des Koordinierungskomitees unter dem Vorsitz von General König statt. Auf der Sitzung waren Armeegeneral Sokolowski, General Clay und General Robertson anwesend.

Das Koordinierungskomitee gab im Prinzip seine Zustimmung zur Wiederherstellung des internationalen Postverkehrs mit Deutschland, der Anfang April 1946 oder, falls es die Umstände gestatten, noch früher aufgenommen werden kann. In der ersten Zeit wird dieser Verkehr einen beschränkten Charakter haben.

### SS-Mörder zum Tode verurteilt

London (SNB). Wie der Londoner Rundfunk meldet, wurden fünf hohe SS-Offiziere, Generalmajor Eberhard Schöngart und vier Mitglieder seines Stabes, in Herford wegen Mordes an einem britischen Flieger in Enschede/Holland im November 1944 zum Tode verurteilt.

### Die englische Kohlenkrise

London, 13. Februar (SNB). Wie France Presse meldet, erklärte Handelsminister Sir Stafford Cripps vor Vertretern der Textilindustrie, wenn die Kohlenproduktion nicht beträchtlich gesteigert werde, "wird sich die britische Industrie in den kommenden zwei Monaten in einer äußerst gefährlichen Lage befinden." Er fügte hinzu, daß viele Fabriken infolge Kohlenmangels bereits ihre Tore schließen mußten.

### Aus den westlichen Besatzungszonen

Bremen (SNB). Der britische Pressedienst meldet, daß an der Unterweser infolge des Hochwassers Flutschäden eingetreten sind. Hausgegenstände und Wohnungseinrichtungen wurden von den Fluten mitgerissen. Die Bewohner konnten mit Kraftwagen in Sicherheit gebracht werden. Am Montag um sieben Uhr zeigte der Pegel bei Minden einen Wasserstand von 772 cm und bei Bremen-Wehr 685 cm gegenüber 563 am Sonnabend.

### Winsen an der Luhe (SNB).

Nach einer Meldung des britischen Nachrichtendienstes wurde in Winsen an der Luhe von der Militärregierung eine „Partei der Kriegsgegner“ genehmigt.



Trecker werden für die Frühjahrbestellung instand gesetzt.

# Wachsen und Werden der Demokratie

Von Erwin Janda, FDGB Halle

Die Flutwelle demokratischen Erneuerungswillens hat die fortschrittlichen Menschen aller Zweige unseres gesellschaftlichen Lebens erfaßt. Die einen bewußt in dieser Wege schwimmend und sie meistend, die andere mehr unbewußt von ihr getragen und mitgeschwemmt. Damit ist im fortschrittlichen Lager der aktive Teil und der noch im Negativen hängende Prozentsatz der Gleichgültigen umrisst. Bleibt noch die dritte Gruppe der völlig unorientierten Männer und Frauen, die nach dem Zusammenbruch der Hitlermacht um das Erwachen aus hypnotischer Geistesnummung ringen. Dieser ihr Zustand zieht Lähmungserscheinungen nach sich. Aus solchen Momenten heraus, die dem Genesungsprozeß nach schwerer Krankheit natürlich sind, ergehen sich Mängel und Schwächen in der Gesundung, im Wachsen und Werden der Demokratie.

Diesen Hemmungen entgegenzuwirken, die Genesung zu beschleunigen, die Mängel und Schwächen zu beheben, kann nur und muß die Aufgabe des positiv aktiven Teiles aus dem antifaschistisch-demokratischen Lager sein. Vor allem die betrieblichen Vertretungsorgane, Betriebsräte, Betriebsgruppen und Ausschüsse haben hier den Hebel anzusetzen. Demokratie ist das, was wir aus ihr machen.

Nur durch praktische Beweise getätigter Interessenvertretung, einerseits der Bauern und Kleinproduzenten, der Angestellten und Intellektuellen, kann es gelingen, diese der Führung durch die demokratischen Elemente zu unterstellen und zu gewinnen. Vor allem aber auch die Masse der Arbeiter sind nur durch fortgesetzt erhaltene Beweise in der Vertretung ihrer täglichen Lebensinteressen von ihren Vorurteilen zu befreien. Da das nicht auf einmal möglich ist, da es nicht durch ein Wunder, nicht auf Geheiß einer Losung, einer Resolution, eines Dekrets erreicht werden kann, sondern nur durch hartnäckige organisatorische Arbeit, durch täglichen Vorstoß und Einsatz für die Lebensfragen der Arbeitenden, so müssen die Organe der Gewerkschaften, Betriebsräte und Betriebsgruppen der Arbeiterparteien, können alle antifaschistisch-demokratischen Elemente in täglichen Bemühungen, in gegenseitiger Hilfe und Ergänzung, die Fragen von Lohn und Brot, Kleidung und Wohnung der Werktätigen stellen, vorstoßen und verwirklichen.

Aus dem Eisen- und Hüttenwerk Thale liegt vom Jahresanfang der Bericht einer Betriebsratin vor, der durch nähere Angaben der Frauen fast aller Werksabteilungen belegt ist und der beweist, daß die Frauen dort vielfach Männerarbeit leisten, aber keineswegs den gleichen Lohn dafür erhalten. Was haben die betrieblichen Vertretungsorgane bisher getan, um dieses gewiß vordringliche Lohnproblem zu lösen? Wir wissen, daß in den Lohnbüros und bei den Werksleitungen noch viel Ungeist und Vorbehalte aus der Vergangenheit regieren. Kann das ein unüberwindliches Hindernis sein? Ist das ein Grund, diese Frage unbeantwortet und auf sich beruhen zu lassen? Wenn wir an einem Abschnitt versagen, sind auch schwerlich die anderen Interessenfragen zu lösen.

Im Bunawerk Schkopau haben unsere Kollegen in bezug auf Lohngestaltung einige Erfolge in dieser Richtung zu verzeichnen zu erzielen vermocht. Hier waren maßgebende Hemmungen auf Seiten der Werksleitungen ebenso zu überwinden, wie die bürokratischen Einwendungen der Werksleitung. Der Hinweis darauf, daß der Lohnleiter der SMA jegliche Initiative in dieser Richtung illusorisch mache, ist als grundsätzlich zu betrachten. Dieser Erlaß läßt den gewerkschaftlichen und Betriebsorganen soviel Bewegungsfreiheit, indem er besagt, daß im Falle von Veränderungen, Materialwechsel, u. a. mehr Lohnanpassungen möglich sind. Er verweist darauf, daß die Gewerkschaften zu Vereinbarungen mit den Werksleitungen berechtigt sind. Dieser vom

### Die Einheit der Arbeiterbewegung sichert die Einheit Deutschlands

Ende des vorigen Jahres datierende Erlaß will verhindern, daß unverdiente Lohnsätze bestehen bleiben, z. B. verlangt er bei Festzahlungen, also Gehältern, den Nachweis, daß die Zahlung aus der getätigten Leistung resultiert. Niemand kann ihn über die Auslegung gegeben werden, hindernde und hemmende Wirkungen in bezug auf die wichtige Produktionssteigerung verursachen zu wollen.

Das Recht auf ein menschliches Dasein ist vordringlichstes Recht der Demokratie. Der Grad seiner Erfüllung bestimmt den Maßstab für Anerkennung und Bejahung durch die Werktätigen. In dieser täglichen Aktivität werden unsere Kader und Organisationen sich selber zu der Reife entwickeln und sich befähigen, Stützpunkte der demokratischen Erziehung zu sein und des weiteren Trüge und Voller der einer zu Fleisch und Blut gewordenen Demokratie zu werden.



### Die Zündholzversorgung

br. In der sowjetischen Zone arbeiten drei Werke, die für die Deckung des Zündholzkonsums in Frage kommen. Es sind dies die „Deutsche Zündholzfabriken“ A.-G. in Coswig (Sachsen), die „GEG“ in Riesa/Sa., die aus dem Einkauf der Konsumgüter hervorgegangen ist und im Laufe der genossenschaftlichen Fortentwicklung auch wieder für die Konsumgüterproduktion tätig sein wird, und die Firma Karl Meyer in Olbernhau Erzgebirge. Für Berlins Bedarfsdeckung ist jetzt die Errichtung eines Werkes in Berlin-Köpenick unter der Bezeichnung „Berliner Zündwarenfabrik“ geplant, das mit Förderung aber ohne Beteiligung der Stadt Berlin von Privatunternehmern errichtet werden soll. Bei einem normalen Zündholzbedarf von drei Schachteln je Kopf und Monat beträgt der Verbrauch Berlins 9 Millionen und der der gesamten sowjetischen Okkupationszone rund 74 000 Millionen Schachteln oder 7500 Normalisten, von denen jede 10 000 Schachteln enthalten muß.

Weiter hofft man, die Fabrik von Langbein in Riesa/Sa. wieder aufbauen zu können. Sowohl das Riesaer Unternehmen als auch das neue Werk in Berlin-Köpenick werden aber frühestens erst zum Frühsommer in die Produktion eingeschaltet werden können.

Außer diesen Betrieben gibt es noch eine Reihe von kleinen Fabrikationsstätten, die Ausschleifwerke machen oder nach Ausschleifen, wie beispielsweise in Thüringen, in Neustadt-Rennsteig und Melningen. Hierbei handelt es sich um Buchzunder. Wenn man von dieser Ausschleifproduktion, die zeitbedingt ist, absieht, dann kann man sagen, daß die sogenannte apparative Kapazität von Coswig, Riesa, Olbernhau und Köpenick ausreicht, um die Mindestbedürfnisse in der sowjetischen Besatzungszone zu decken. Die derzeitige Versorgungslage geht vorwiegend auf Holzmann zurück, der aber nur transporttechnisch begründet ist. Seit Ende Dezember schließt sich die Holzversorgung zu besser. Zur Zündholzherstellung eignet sich am besten die Pappel, die aber nur in beschränkter Ausdehnung verfügbar ist. Daneben hat man sehr auch Fichte und Kiefer, letztere aber nur sehr ungenügend, verarbeitet. Auf keinem Falle aber ist die Holzversorgung an sich ein Problem. Auch an Chemikalien herrscht kein Mangel, da vor allem Calciumchlorat verarbeitet wird, das in genügenden Mengen vorhanden ist. Lediglich die Leimversorgung macht Schwierigkeiten.

Mit der weiteren Besserung der Transportlage hofft man auch, die herrschende Zündholzkalamität soweit zu beheben, daß der je Kopf der Bevölkerung benötigte Jahresbedarf innerhalb der nächsten Monate zur Zufriedenheit der Bedarfsträger gedeckt werden kann.

### Die Schaukel

Du schwingst hin und her, und glaubst dich so frei, und um dich so leer, liegt das Leben vorbei. Ich trägt auch der Schein, du bist gar nicht frei, ein Haken muß sein, sonst brichst du entzwei.

Rudolf Weder.

### Hermann Vogel dem vogländischen Malerpoet

Wer kennt nicht die anheimelnden Bilder zu den Märgen der Gebrüder Grimm, die trefflichen Illustrationen in Schwabs Volksbüchern und zu Scheffels „Ekehard“ eines Hermann Vogel? Dieser am 16. Oktober 1854 zu Plauen im Vogtland geborene Malermeistersohn war es auch, der über die letzten Jahre lang von etwa 1890 bis 1920 in den Märgen „Fliegenden Blätter“ mit seinen unzähligen Zeichnungen, Gedichten, Fabeln und Geschichten erfreute. Dieser Malerpoet, dessen Todestag sich am 2. Februar zum 25. Male jährte, hat in seinen Schwarz-Weiß-Bildern seine Heimat, das sächsische Vogtland, das er mit Stille und Skizzenbuch durchstreifte, für alle Zeiten verewigt. Wenn es ihn in seinem Sommerheim an der Platteile im sonnigen Loschwitz bei Dresden nicht mehr litt, so liege er hinauf in sein obervogtlandisches Dörfchen Krebs bei Burgstein, zwischen Ruderitz und Gutenfürst. Hier war der wahre Volkskünstler bei seinen ihm lieb gewordenen schlichten und ungewöhnlichen wirklichen Männern und Frauen des Vogtlandes, bei den Alten und Einsamen. In seinem Heimort schloß der „traumvolle Romantiker

# Paulus als Zeuge im Kreuzverhör im Nürnberg

„Meine Erkenntnisse resultieren aus den Erlebnissen von Stalingrad“

Nürnberg, 13. Februar (SNB). Die Spannung, die den Gerichtssaal in der gestrigen Nachmittagsitzung erfaßte, erreichte heute vormittag ihren Höhepunkt. Der Zeuge Paulus stand den Verteidigern zum Kreuzverhör zur Verfügung.

Als erster stellt der Rechtsanwalt Dr. Nette für den Angeklagten die Frage: „Dieses lauten darauf hinaus festzustellen, daß die Angriffspläne gegen die Sowjetunion erst später als im Herbst 1940 ausgearbeitet begonnen wurden. Der Zeuge Paulus beantwortet diese Fragen, indem er noch einmal auf den September 1940 als den Beginn der Vorbereitungsarbeiten hinweist.

Auf die Frage des Verteidigers, ob den leitenden Offizieren etwas über Angriffsabsichten der Sowjetunion bekannt gewesen sei, antwortet Paulus, daß keine Angriffsabsichten der Sowjetunion bestanden haben.

Verteidiger: Sie und Herfer kannten die Tatsache des Überfalls auf die Sowjetunion, den Sie als einen verbrecherischen Akt charakterisieren haben in Kenntnis dieser Tatsache den Oberbefehl der 6. Armee bei Stalingrad übernommen. Hatten Sie keine Bedenken?

Zeuge: So wie die Lage sich damals darstellte und in Verbindung mit der Propaganda glaube ich, dadurch meine Pflicht dem Vaterlande gegenüber zu erfüllen. Gerade die Tat-

sachen, die mir erst vor Stalingrad bekannt wurden, kannte ich damals noch nicht. Erst später bekam ich vollen Einblick in die Zusammenhänge.

Als nächster Verteidiger wendet sich Dr. Sauer für die Angeklagten Schirach und Funk an den Zeugen. Er erinnert an eine Äußerung des Zeugen, wonach dieser die Hitlerregierung als für den Krieg schuldig erklärt. Er fragt nun den Zeugen, was er unter Hitlerregierung versteht. Der Zeuge antwortet ihm und später dem Rechtsanwalt Kubuschew der folgende Frage: „Als Verteidiger der Reichsregierung stellt, daß er keinen Einblick in die Geflogenheiten der Reichsführung und der Regierung gehabt habe. Doch das gesamte Gremium der Reichsregierung ist „eine Gemeinschaft, die ungeschult der Methoden, die das Staatshaupt anzuwenden versucht, sich dem Volke gegenüber so verantwortlich fühlt, daß, wenn das Staatsoberhaupt, in diesem Falle Hitler, seine gewohnte brutale und eigenmächtige Art bekundet, es nicht einfach hinnimmt und gewähren läßt.“

Auch wenn sie sich in die Dinge einschleiert und rechtlich die notwendigen Maßnahmen ergreifen, allerspätestens zu dem Zeitpunkt, wo es sich für die ganze Welt klar erwie, daß es sich bei diesem Staatsführer um einen wahnsinnigen Verbrecher handelte.“

## Warum kämpfte Paulus weiter?

Der Verteidiger fragt ihn weiter, warum er, nachdem Stalingrad eingeschlossen und die Lage vollkommen aussichtslos war, an Hitler noch immer Ergebnistelegramme geschickt hat. Darauf antwortet Paulus, daß er nur von einem einzigen solchen Telegramm Kenntnis habe. „Ich bedauere, daß ich es damals habe durchgehen lassen und nicht unterbunden habe.“ Auf die Frage, ob er in Stalingrad nicht an das Schicksal der deutschen Soldaten gedacht habe, antwortet Paulus, „Es ist mir allerdings so, daß alle die operativen Befehle zu diesen entzweifelnden Erscheinungen bei Stalingrad führten, trotz meiner Einwendungen, der letzten vom 20. Januar wo ich schilderte, daß ein weiterkömper über die menschliche Kraft ging. Die Antwort, die man mir gab, war: Kapitulation auszuschließen. Meine Erkenntnis, die ich heute habe, resultieren aus meinen Erlebnissen bei Stalingrad.“

Der Zeuge wird daraufhin gefragt, warum er keinen Ausbruchversuch unternommen habe, als sich die Lage in Stalingrad als so furchtbar und hoffnungslos erwies? Der Zeuge beantwortet die Frage, indem er auf fünf Punkte hinweist, die man immerzu sagte: Vom weiteren Aushalten hänge das Schicksal Deutschlands ab.

Verteidiger: Wissen Sie, daß Hitler Ihnen besonderes Vertrauen schenkte und daß Sie Jodls Nachfolger werden sollten?

Zeuge: Es ist mir nur als Gerichtskläger bekannt.

Verteidiger: Erinnern Sie sich, nach Ihrer Ernennung zum Feldmarschall ein Danktelegramm an Hitler gesandt zu haben?

Zeuge: Nein, ich habe kein Telegramm und kein Danktelegramm abgeschickt.

Als Nächster fragt Dr. Latow den Zeugen für den Generalstab und OKW: Ist Ihre Angabe über den Herbst 1940 als Beginn der Vorbereitungsarbeiten für den Überfall nicht zu trüben angeben?

Zeuge: Die Unterlagen lagen bereits am 3. September vor. In rückschauender Betrachtung ergibt sich ein völliges Ineinanderfallen von Theorie und Praxis der Vorbereitungen.

Der Verteidiger wendet sich nun der Aussage von Paulus zu, wonach der Angriff auf Jugoslawien ohne Vorbereitungsplanung zum Überfall auf die Sowjetunion darstellte. Er fragt ihn, ob ihm nicht andere Gründe für diesen Angriff auf Jugoslawien bekannt seien, so die Verbindung Griechenland—Jugoslawien?

Der Zeuge erklärt hierauf, daß diese Überlegungen wohl eine Rolle gespielt haben, daß sie jedoch ihren eigentlichen Wert dadurch erhalten, daß eine Verbindung Jugoslawien—Griechenland die Möglichkeit der Auslösung von englischen Truppen den Fall Barbarossa unmöglich gemacht hätten.

Der Verteidiger wendet ein, daß die Notwendigkeit, Jugoslawien anzugreifen, bekanntlich die Durchführung des Planes Barbarossa verzögerte. Der Zeuge erwidert darauf, daß auch diese Tatsache nicht mit der Behauptung

der sowjetischen Anklagebehörde zitiert, ein weiterer deutscher General aus der sowjetischen Kriegsgesellschaft auf dem Zeugenstand.

Der Zeuge Erich Buschenhagen war ehemals Kommandierender General des 52. Infanterie-Korps. Er war Verbindungsmann zum finnischen Generalstab. Die Vorbereitungen zum deutsch-finnischen Angriff auf die Sowjetunion, so erklärte der Zeuge, wurden in drei Besprechungen, die im Februar, Mai und Juni des Jahres 1941 stattfanden, getroffen.

Aus diesen Besprechungen ging ganz klar hervor, daß die Vorbereitungen Finnlands ein drittes, aggressives Ziel hatten. Von seiten der Sowjetunion wurden keinerlei Angriffs vorbereitungen getroffen. Die Behauptungen des finnischen Generalstabes, daß es sich um Verteidigungsmaßnahmen handle, waren lediglich ein Tarnungsmittel.

Nach diesem kurzen Kreuzverhör wendet sich der sowjetische Ankläger, Generalmajor G. Grigoriyew, an den Zeugen, um Beweisführung zu „Deutschlands Trabanten.“

Bereits im September 1940 bezog sich eine Militärmission auf Befehl des OKW, von der 13. Panzerdivision begleitet, nach Rumänien. Die Aufgabe dieser Mission bestand darin, die rumänische Armee zu reorganisieren und sie für einen Überfall auf die Sowjetunion vorzubereiten. Ohne auf die deutschen Nutzen und diesem Zweck die Herrschaft Antonescu in Rumänien aus, der über seine eigene Rolle am 12. Februar 1942 folgendes aussagte: „Ich übernahm Anfang September ausschließlich von Michael Antonescu unterstützt und ohne nach der Meinung des Volkes zu fragen, die Regierung des Landes.“

D-dur op. 76.5 von Joseph Haydn, Streichquartett g-moll von Franz Schubert und Streichquartett F-dur op. 96 von Anton Dvorak, alles Werke, in denen der Hörer ein emsiges fröhliches Musizieren wahrnimmt, wie Dr. Mlynsky in seinen einführenden Worten selbst sagt.

Der strenge Musikkritiker wird an dem Vortrag einiges aussetzen haben. So war z. B. die erste Geige etwas schwach, Haltung und Bogenführung nicht einwandfrei. Die zweite Geige und dritte Partien besser, hervorragend aber war das Cello, das besonders in dem Schubertschen Streichquartett g-moll, in Solopartien brillierte. Im ganzen war das Zusammenspiel gut und aufeinander abgestimmt, und ist auch so von der Zuhörerschaft aufgefassen worden. Ohne auf die geringen technischen Mängel zu achten, sollte das Publikum dankbaren, reichen und verdienten Beifall, der zum Schluß des Konzertes die Künstler immer wieder vor den Vorhang rief. — bis —

### Liederabend: Roloff - Mibke - Wais

„Aglia“ Wollen

Die „Klassischen Meisterszenen“ wurden mitten in der Vorbereitung von Halle plötzlich abgesagt. Nun hieß es im Iltempo mindestens Ebenbürtiges zu bringen. Es gelang überraschend gut. Man darf dem am 23. Januar im Rahmen der kulturellen Veranstaltungen der Filmfabrik stattgefundenen Liederabend mit Kräften des Anhaltischen Landestheaters, Dessau, als besonders erfolgreich bezeichnen. Die Ausführenden waren Irmgard Roloff (Sopran), Gerhard Mibke (Bariton) und Kapellmeister Werner Wais (am Flügel).

Das Programm war in seiner Geschlossenheit sehr wohlwollend. Die Solisten verzichteten auf jeden äußeren Erfolg und dienten ganz dem Werk mit dem vollen Einsatz ihrer künstlerischen Persönlichkeit. Schnell hatten sich

im Widerspruch stehende daß die Aktion gegen Jugoslawien ein Teil des Gesamtplanes gegen die Sowjetunion war.

Tatsächlich waren mit der faschistischen jugoslawischen Regierung Vereinbarungen über die Benutzung von Bahnhöfen und anderen geschlossen worden. Als man von der neuen Regierung glaubte, nicht erwarten zu können, daß sie derartige Vereinbarungen respektieren würde, überfiel man sie, um sich dadurch die notwendige Vorbereitung für die Durchführung des Planes gegen die Sowjetunion zu sichern.

Anlässlich einer Frage von Rechtsanwalt Servatius, der für Sauckel spricht, hat der Zeuge Gelegenheit, mitzuteilen, daß ihm über die Beschäftigung deutscher Kriegsgefangener in der Kriegsindustrie der Sowjetunion weder persönlich noch sonst irgendwie etwas bekannt ist.

Deutsche Kriegsgefangene, so erzählt er, arbeiteten für die Bedürfnisse des Lagers und in landwirtschaftlichen Betrieben in der Nähe der Lager.

Damit endet das Kreuzverhör durch die Verteidiger. Der Gerichtshof fragt den Zeugen, wie viele Menschen von den Befehlen und Anweisungen, die den Überfall auf die Sowjetunion vorbereiteten, Kenntnis hatten?

Zeuge: Im Dezember, als der Aufmarschplan bearbeitet wurde, haben mehr oder weniger alle Generalstabsoffiziere davon Kenntnis gehabt.

Auf die Frage des sowjetischen Richters, was dem Zeugen über die Ausnutzung des eroberten Landes in der Sowjetunion bekannt sei, erwidert er, daß er im wesentlichen aus der berühmten „Grünen Karte“, die die wirtschaftliche Planung enthielt, über die Ausbeutung des Landes informiert wurde. Der Zeuge unterstreicht noch einmal, daß die Ausbeutung der eroberten Länder der Sowjetunion dazu dienen sollte, den Krieg im Westen zu Ende zu führen und die deutsche Herrschaft in Europa sicherzustellen.

Damit endet das Verhör von Paulus.

## Die Trabanten Hitler-Deutschlands

Ich erkläre, daß wir eine Politik eines Anschlusses an die Achsenmächte einschlagen müssen, ich sage, es wäre das einzige Beispiel in der Geschichte von Völkern, daß zwei Personen es wagten, an ihr Volk zu appellieren, ihnen in einer Politik zu folgen, welche ohne Zweifel nur als infam erscheinen kann.“

Marshall Antonescu hatte seine erste Begegnung mit Hitler im November 1940. Diese Begegnung charakterisiert er als „den Beginn meiner Zusage, mit den Deutschen zur Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion zusammenzuarbeiten.“ Hitler „schickte Antonescu sofort Versprechungen über die Rückgabe von Siebenbürgen und begann mit der Lieferung von Flugzeugen, Panzern, Traktoren und anderem Kriegsmaterial.“

Die Verbindung zwischen dem faschistischen Deutschland und Rumänien gestaltete sich immer enger. Während nach schon seit September 1940 strategische Autostraßen durch Rumänien bis an die Grenzen der Sowjetunion baute und den Rumänen Hoffnungen auf ein „Groß-Rumänien“ machte, trafen die deutschen Faschisten bereits alle Vorbereitungen, um dieses „Groß-Rumänien“ nicht als Geiseln zu lassen. Plannäßig schürten sie die Feindschaft zwischen Rumänien und Ungarn.

Paulus erklärte hierzu: „Wenn die Ungarn am Kriege gegen die Sowjetunion teilnehmen, so geschah das erstens, weil sie territoriale Eroberungen machen wollten und zweitens aus der Furcht vor der wachsenden Stärke Rumäniens.“

Auch in Ungarn begannen die Vorbereitungen für den Überfall auf die Sowjetunion bereits im Dezember 1940.

### „Schwarzwalddämäl“ in Mücheln

Am 5. Februar gastierte in Mücheln die Landesbühne der Provinz Sachsen und brachte uns die langerehnte Operette „Schwarzwalddämäl“ von Jessel. Besonders gefielen als Doppelkapellmeister Intendant Maxim Falke, als Solist Marga Hofmeier, viele der sehr vollkommenen füllenden Zuschauer werden sich gefragt haben, aus welchem Grunde uns der Genuß Jesselscher Musik zwölf Jahre lang vorenthalten wurde. Alles in allem boten Künstler und Orchester gute Leistungen und wir würden sehr freuen, die Landesbühne bald wieder in Mücheln begrüßen zu können. Da.

### Kunstausstellung in Riesa

Die Stadt Riesa a. d. Elbe plant in der Zeit vom 17. Februar bis 10. März eine Ausstellung über bildenden, freischaffenden Künstler in Riesa, an der sich auch der Jugendausschuss der Stadt Riesa beteiligen wird.

des Stüfies“, wie ihn Theodor Fontane nannte, seine Augen am 2. Februar 1921 für immer.

Von Hermann Vogel gilt Fontanes Wort: „Der ist in tiefster Seele trübe, der die Heimat liebt wie du.“

### Wilmy Rauche in Wernigerode

In diesen Tagen gab Wilmy Rauche in Wernigerode einen Liederabend. Sie wurde von Otto Voigtel am Flügel begleitet. Das Programm umfaßte Tönschöpfungen von Edward Craig, Catharina van Rennes, Peter Cornelius, Tschaiakowsky und Franz Liszt. Wilmy Rauche besticht bereits durch die natürliche und ungekünstelte Art ihres Auftretens. Sie verfügt im Gegensatz zu vielen Konzertsängerinnen, über eine Aussprache, die jedes Wort und Textschicklich klar und beherrschend ertheilt läßt. Mit einer schlichten Anmut, hinter der sich aber starke und geläuterte schöpferische Energien verborgen, weiß sie jedes Lied so vorzutragen, daß man die Mühe und Schweiß, die eine derartige Darstellung voraussetzt, nicht mehr spürt. Es blüht ihr gleichsam von den Lippen.

In Otto Voigtel hatte die Sängerin einen Begleiter, der sich ihrem Vortrag bis ins feinste anpassen wußte. Darüber hinaus ist Voigtel auch als Solist ein ausgezeichnete Interpret. Das bewies die Art, mit der er Tschaiakowskys „Chant sans paroles“ und „Barcarole“, diese tönenenden Verkörperungen der Erscheinungswelt, zu Gehör brachte. W. F.

### Das Leipziger Quartett

Dr. Hans Mlynarczyk (I. Violine), Margarete Vörkel (2. Violine), Hans-Werner Gerhardt (Viola) und Prof. Erich Neumann (Cello) erzielten bei dem am 12. Februar im Saal des Pellerabendhauses zu Litzna mit den schönsten Werken der Kammermusik. Es wurden vorgetragen das Streichquartett

Für die Einheit Deutschlands

sprechen die Vertreter der vier antifaschistischen Parteien von Halle (Saale), am Sonntag, dem 17. Febr. 1946, 9.30 Uhr, in einer

Massenkundgebung im Volkspark gegen den Separatismus und Föderalismus. Zu diesem Bekennnis für Deutschland, unzer aller Vaterland rufen auf

LDU: Knobling, SPD: Bernhardt, KPD: Leuschel, KPD: Härtel.

Folgen des Saale-Hochwassers

Infolge des starken Hochwassers mußte, wie bereits berichtet, die Schiffsbrücke in Kröllwitz ausgefahren werden. Da die Saale augenblicklich viel Holzmaterial, Abfälle und sonstige Gegenstände mit sich treibt, kann auch die Fähre nicht eingesetzt werden. Aus diesem Grunde wird der Fahrverkehr vorübergehend durch zwei Damper, „Reiter“ und „Mersburg“, aufrechterhalten. Der Verkehr wird täglich von 5.00 bis 22.00 Uhr durchgeführt. Für das Übersetzen ist dem Dampfer werden 10 Rpf. erhoben.

Saalefisch und Elstersee ein einziger See

Das Hochwasser der Saale, hervorgerufen durch das plötzliche Tauwetter und die folgenden starken Regenfälle, hat bis Mittwochs Ausmaße erreicht wie schon seit Jahren nicht mehr. Das Saalefisch und die Elstersee sind ein einziger großer See geworden, nur hier und dort sieht man Bäume, Sträucher und besonders hochgelegene Landflächen aus der schmutzigen braunen Flut herausragen. Die Verbindung mit einer ganzen Reihe von Dörfern ist, wenn überhaupt, nur noch auf großen Umwegen möglich, der Berufsverkehr ist meist auf die Eisenbahn beschränkt, da auch viele Straßen — vor allem im Dürrenberger Bezirk — unter Wasser stehen.

In Weifenfels mußte die vom Wasser bedrohte Papierfabrik, in der erhebliche Lebensmittelvorräte eingelagert waren, im Notdienst geräumt werden. Bei Leuna erforderte das Hochwasser die Zerstörung der Zäune, Zugänge zur neuen Holzbrücke und zur Treppe nach dem Behelfsbahnhof. Mit Hilfe eines langen Steges auf Böcken konnte hier der Berufsverkehr nach und von Leuna aber aufrechterhalten werden. — Die Arbeiten zur Entfernung der gesprengten Brückenteile mußten bis auf weiteres eingestellt werden.

Sturz in die Saale. Bei den Wiederherstellungsarbeiten an der Genzerbrücke glitt ein Arbeiter so unglücklich aus, daß er in die hochgehende Saale fiel. Er konnte aber bald das Ufer wieder erreichen und so hatte dieses unfreiwillige Bad glücklicherweise keine bösen Folgen.

Die Post sahlt viele Renten

Zahlort: Gemeindesaal an der Johanneiskirche 1

Vom 18. Februar an wärklich von 8.00 bis 14.00 Uhr werden in Halle die invaliden und Angestelltenrenten für Februar, März, April und Mai 1946, die Renten für Dezember/Januar und die Unfallrenten der Bergbau-Berufsgenossenschaft für Januar/Februar gezahlt. Zahlort: Gemeindesaal an der Johanneiskirche 1.

Zahltag sind am 18. Februar für die Inhaber der Nummerkarten 1 bis 4000, 19. Febr. 4001 bis 8000, 20. Febr. 8001 bis 12000, 21. Febr. 12001 bis 45000, 22. Febr. 45001 bis 73000, 23. Febr. 134000 bis 166000.

Margarine für die Dekade II

Laut Mitteilung des Amtes für Handel und Versorgung kann auf die Fettschnitte der Dekade II der Lebensmittelkarten „Februar 1946“, soweit diese Fettschnitte nicht mit Speck beliefert worden sind, Margarine bezogen werden. Auf den Zahlschnitt Nr. 5 der Lebensmittelkarten bis 6. Februar 1946“ können 750 g Zwiebeln bezogen werden.

Hallisches Kulturleben

Auszeichnung für hallischen Wissenschaftler

Von der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle wurde dem weit über Halle hinaus bekannten Wissenschaftler, dem Rektor I. R. Ernst H a a e r, in Anerkennung seiner 50jährigen Forscherarbeit die Würde eines Doktors honoris causa verliehen. Rektor Haase hat sich besondere Verdienste um die Erforschung des „Hallischen Porphyra“ erworben. Einen sichbaren Ausdruck der Anerkennung fanden seine wissenschaftlichen Leistungen in der Ernennung zum ordentlichen Mitglied der Leopoldina in Halle.

Die Krönung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit jedoch ist die heutige Verleihung des Dr. h. c. Damit wurde seit langen Jahren wieder nur einer Ehrenpromotion Gebrauch gemacht wie sie dem eigentlichen Sinne nämlich als Anerkennung der persönlichen Verdienste für Wissenschaftler aller Volksschulen, entspricht.

Das Sächsische Streichquartett spielte

Den Höhepunkt des 5. Kammermusikfestes des Sächsischen Streichquartetts in Saal den August-Bebel-Haus bildete das Quartett Nr. 1 a-Dur von Alexander Borodin. Durch die Erkrankung eines Mitwirkenden trat eine Veränderung der Vortragsfolge ein, durch die auch ein als letzte Darbietung des Abends gebracht wurde, deshalb aber um so nachhaltiger auf die Zuhörer einwirkte.

Bereits am 10. August 1945 ist Halle schon einmal gespielt worden, da es aber der Öffentlichkeit bisher kaum zugänglich war, wurde es in anerkennenswerter Weise auf Wiedersehen wegen seines ganzen Aufbaus starke Beachtung; denn dieses Quartett besitzt alle Vorteile stimmungsvoller Musik. Es steigert sich ständig, gibt im zweiten und dritten

Wir brauchen Facharbeiter für den Wiederaufbau

Gesicherte Lebensgrundlage durch Umschulung — Planmäßige Neuordnung im Baugewerbe

In der Stadt Halle hielten sich vor dem Kriege etwa 10 000 Baufacharbeiter auf, jetzt stehen etwa noch 4500 zur Verfügung, davon 1800 Maurer, 800 Zimmerer und 250 Dachdecker. Es bleibt also ein Fehlbetrag von ungefähr 4000 Baufacharbeitern. Noch tröstlicher sieht es bei den Bauhilfsberatern aus. Hier zählen wir augenblicklich 1500, die aber größtenteils bei Erdarbeiten beschäftigt sind. Vielfach müssen die Maurer ihre Nebenarbeiten schon selbst verrichten, was wieder einem Ausfall an Facharbeit gleichkommt. Hier fehlt vor allem der Nachwuchs.

Diesen Notwendigkeiten Rechnung tragend, setzte sich gleich nach dem Zusammenbruch eine planmäßige Neuordnung im Baugewerbe ein. Schon im Mai konnten die ersten Verfügungen über Umschulung erlassen werden. Sie besagen etwa: Betriebs- und Maschinen-schlossler können ohne weiteres als Bau-schlossler übernommen werden. Angehörige anderer Berufsgruppen bedürfen einer Umschulung, die sie zum Maurer, Zimmerer oder Betonfacharbeiter ausbildet. Die Länge der Lehrzeit schwankt je nach Lebensalter und früherer Berufsausbildung des Bewerbers zwischen 6 und 15 Monaten, in denen produktive praktische Arbeit im Betrieb geleistet wird. Daneben ist die Teilnahme an zwei Lehrstufenkursen notwendig, die die Handfertigkeiten im Gebrauch der Werkzeuge, Kenntnisse über die wichtigsten Baustoffe und die Abfassung von

Bauberichten vermitteln. Die Facharbeiterprüfung schließt die Ausbildung ab. Kosten trägt der Erwerb, Amt der Arbeit und Stadtverwaltung steuern Zuschüsse bei. Der Andrang zu dieser Aktion war zunächst zögernd, dann aber, nach Ausklärung über Vorteile und Notwendigkeiten, recht erfreut. Bisher meldeten sich insgesamt 350 Umschüler, darunter 4 weibliche. Neben der Umschulung läuft die Aufschulung, die Bauhilfsarbeiter mit langjähriger Facharbeiterpraxis in ähnlicher Weise wie oben zur Facharbeiterprüfung fördert. Durch gezielte Propagierung der Mangelberufe unter der Jugend müssen diese Probleme gelöst werden.

Berufswünsche der heutigen Jugend

Das Amt der Arbeit hat für die diesem Zwecke eine Berufsberatung eingerichtet, die die zur Entlassung kommenden Klassen der hallischen Schulen bei sich versammelt. Die Einzelgespräche, die bei dieser Gelegenheit im allgemeinen von den Jungen vertreten wird, sind eigentlich erschütternd. Der Hang zum bequemen, leichten, sauberen Beruf ist so ausgeprägt, daß die Gelegenheiten der momentan Lage und die wirtschaftlichen Vorteile der Mangelberufe gar nicht beachtet werden. Dabei liegt klar auf der Hand, welche Aussichten für einen Tischler oder Elektriker bestehen, wenn normalerweise auf 40 Maurer und 6 Zimmerer 1 Tischler und 1 Elektriker benötigt

werden und der Andrang im Augenblick genau im umgekehrten Verhältnis steht. So wurden etwa 400 Bewerbungen für den Tischlerberuf eingereicht, von denen jedoch nur 60 angenommen werden können. Dagegen sind noch

400 Lehrstellen für Maurer frei!

Man denke ferner an die Vorteile, die das Baugewerbe bietet: Gute Verdienstmöglichkeiten, Leistungsprämien und weitgehende soziale Einrichtungen wie z. B. die Schlechtwetterregelung, die dem Bauarbeiter auch bei unglücklicher Witterung seinen Verdienst garantiert. Weitere Berufe, die noch Zuzum aufnehmen können, sind: Zimmerer, Dachdecker, Betonfacharbeiter, Bauschlosser, Ofensetzer, Steinsetzer, Steinmetz, Maschinenschlosser, Klempner, Schreier, Kesselschmied, Kupferschmied, Drehler. Dagegen sind Bemühungen fast zwecklos um Lehrstellen als Tischler, Elektriker, Mechaniker, Verkäufer, Friseur, technischer Zeichner, Chemiewerker usw. Diese Berufe wurden zum Teil ohnehin schon zu Frauenberufen erklärt.

Hier dürfte wohl meist weniger die Liebe zum Gewerbe als die Aussichten auf das „was der Beruf mit sich bringt“, bei der Wahl ausschlaggebend gewesen sein und drum eine Umstellung nicht so schwer fallen.

Nur bei allgemeiner Einsicht und Mithilfe wird es gelingen, die Aufgaben zu meistern, die der Neuaufbau uns stellt.

Das Handwerk im Neuaufbau

Eine stattliche Ausstellung auf der ständigen Meisterschau

Auf der ständigen Meisterschau der Wirtschaft für Provinz Sachsen ist auch das Handwerk mit seinen zahlreichen Erzeugnissen und seinen Leistungen für den Neuaufbau unter Beweis zu stellen.

Viele praktische Dinge für Haus und Hof, an denen jeder Gefallen findet, und deren Herstellung jahrelang unmöglich war, sind hier zu sehen. Da finden wir beispielsweise einen Sparherd, auf dem man mit zwei Briketts eine komplette Mahlzeit herstellen kann, Frucht- und Brot-schneidemaschinen, Konservier- und -erschließmaschinen für die Einmachzeit und eine leicht zu handhabende Mittel-entzucker für jeden Siedler und Kleinlandwirt, kurz von der feinsten Präzisionsarbeit eines Schweißwerkzeuges bis zur grobsten Schmiedearbeit ist alles vertreten.

Die Handwerker, die für unser behagliches Wohnen sorgen, zeigen una wertvolle Einzel-möbel. Das Tüpfelhandwerk ist mit einem schönen Kachelwerk vertreten. Ein Kunstschlosser präsentiert herrliche Kunstschloßarbeiten, die Drechsler zeigen feinste Drechslerarbeiten, das Bekleidungs-handwerk ist mit einigen wertvollen Stücken vertreten, be-wundernswert sind seine Leistungen auf dem Gebiete der Neuschöpfungen aus Altmaterial. Das Uhrmacherhandwerk zeigt ein interessantes Lehraus den Werdegang der Ausbildung eines Uhrmachers. Dabei erfährt man, daß eine Uhr aus 124 Einzelteilen besteht, wobei es sich um kleinste Teilchen handelt, die, mit dem bloßen Auge kaum erkennbar, doch irgendeine Be-arbeitung aufweisen. — Ebenso interessant ist die Lehrschau des Schmiedehandwerks. Erstaunlich sind die Leistungen der blinden Handwerker, die eine besondere Arbeitsvorsorge für Blinde haben und mit Besen, Bürsten, Körben aller Art aufwarten.

Nachdem durch die Bodenreform der Zug von der Stadt aus Land geht, und tausende von Neubauernstellen geschaffen sind, ist es noch mehr als bisher im Brennpunkt der Wünsche des Bauern. Dies kommt auch auf der Meisterschau zum Aus-

druck. Das Handwerk hat hier für den Bauernhof und seine Bedürfnisse alle möglichen brauchbaren Geräte bereit gestellt, als sind Melebrum, Butterfässer und andere Dinge mehr. Es ist sehr klar auf der Hand, wie recht verständig, daß Handwerk und Land Hand in Hand arbeiten müssen. Statistiken sowie graphische Darstellungen veranschaulichen die Organisation und die Leistungen des handwerklichen Genossenschaftswesens, das in der gesamten Planung und Lenkung der Handwerkerwirtschaft eine ausschlaggebende Rolle spielt.

Der Straßenbeauftragte kommt

zur Ausstellung der Hauslisten für März

Die Hauslisten zur Einteilung der Versorgungsberechtigten in die Lebensmittelkarten-gruppen sind für die Ausgabe der Lebensmittelkarten „März 1946“ werden am Sonnabend, dem 16. und am Sonntag, dem 17. Februar, durch Straßenbeauftragte und Mitarbeiter hallischer Verwaltungen aufgestellt. Die Haushalte haben die grüne Haushalts-karten zum Konsumblatt für den Monat März, der von der Lebensmittelkarte „Februar 1946“ abgetrennt worden ist, und Arbeitsbescheinigung vorzulegen.

Arbeit der Bezirksausschüsse

Die Straßenbeauftragten des Bezirksaus-schusses 4 haben Freitag, 19 Uhr, im Restau-rant Thomas, Dessauer Straße 1, Besprechung Sprechstunden des Bezirksausschusses 4 werden auf Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr ver-fügt. Freitag, 15. Februar, 19 Uhr, Diesterweg-Schule, Besprechung für Straßenbeauftragte des 3. Bezirks. — 19. Februar, 19 Uhr, Volkspark, Besprechung der Straßenbeauftragten des 3. Bezirks. — 15. Februar, 19 Uhr, Ge-schäftsraum der Bezirksverteilungsstelle 5, Kardinal-Albrecht-Straße 27 (Gemeinde-haus), Besprechung der Straßenbeauftragten des 5. Bezirks. Sprechstunde am Freitag, 19 Uhr, — Heute, 19.30 Uhr, „Schlachthof-Restaurant“, Besprechung der Straßenbeauftragten des 10. Bezirks.

Der Verein Berliner Künstler

Wer in Berlin über die Trümmer des Lützowplatzes stolpert, ahnt nicht, daß in den Häusertrümmern über dem noch lebend wohnen ein prominentes Künstlerhaus mit „verbogener“ Fassade hat sich Prof. Klaus Richter niedergelassen, und hier, inmitten größter Trümmerberge, hat unter seiner Leitung der Verein Berliner Künstler seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Dieses alte Verein, in dem sich die prominenten Künstlerchaft Berlins zusammen-geschlossen hatte, kann auf eine bewegte Geschichte zurückblicken.

Jetzt wird das Haus am Lützowplatz inandergesetzt, und nach Fertigstellung der Ausstellungsräume ist für das Frühjahr 1946 eine Ausstellung von Werken des verstorbenen Malers Erwin Freytag geplant, die trotz des Verbleibens in Berlin den Krieg ohne Schaden überstanden haben. Dahier.

„Das deutsche Gesundheitswesen“

Das erste Heft der medizinischen Zeitschrift „Das deutsche Gesundheitswesen“, die von der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesund-heitswesen in der sowjetischen Zone heraus-gegeben wird, ist erschienen. Als Aufgabe hat sich die Zeitschrift gestellt, „alle Erscheinungen auf dem Gebiet der medizinischen Wissen-schaft aus arztlichen Tätigkeiten aufzuheben und zu allen neu auftauchenden Fragen Stellung zu nehmen“.

Wetterbericht vom 14. Februar

Verhersage, gültig bis 15. Februar, abends: Nach heftiger Nacht tagsüber im Norden der Provinz starke Einbrüche, im Süden und Westen im Westwind zeitweise leichter Schneefall, sonst trocken. Temperaturen nachts bis — 6 Grad abtand, in den Mittagstunden über 0 ansteigend. Mäßige Winde um Nordost.

Aussichten für die nächsten Tage: Fortbestand des Frostwetters. — SA, 15. Februar: 7.27, SU: 17.24, MA: 16.27, MU: 16. Februar: 8.03 Uhr. Mondphase: Ein Tag vor Vollmond.

Jugend des Stadtteils Norden

Nach wochenlangender Arbeit ist es gelungen, in unserem Heim ein Geschäftsfeld zu er-richten. Unsere Geschäftsfelder befindet sich in der früheren Luftschule, Trothar Str. 9. Geschäftsstunden: Montags bis Freitags 9.00 bis 21.00, Sonnabends 17.00 bis 20.00, Sonntags 9.00 bis 11.30 Uhr.

Jugendausschuß Halle, Stadtteilleitung Nord.

Aus dem Gerichtssaal

Durch die Zigarette zum Verbrecher

Viele sonst ehrbare junge Menschen schrecken jetzt nach dem Zusammenbruch nicht davor zurück, ungesetzliche Handlungen zu begehen, um sich in den Genuß einer Zigarette zu bringen. Vor dem Stadtgericht in Halle wurden der 28jährige G. und der 21jährige R. wegen verurteilter Diebstahls angeklagt. Im Notver-such im Dezember 1945 einen Sack Zigaretten zu stehlen. Nachdem ein erster Versuch mißlungen war, unternahm sie es noch einmal am nächsten Tage. Dabei wurden sie gestellt und der Polizei übergeben. Da sie un-schuldig waren, wurde ihnen Urteil für beide auf je drei Monate Gefängnis.

Es muß als eine Epidemie bezeichnet werden, wenn junge Leute in ihrem zur Sucht gesteigerten Verlangen nach Zigaretten oder Alkohol Verbrechen begehen, die sie mit dem Gesetz in Konflikt bringen müssen! Beim Auf-bau eines neuen Deutschland der Demokratie und der Freiheit benötigen wir ein gefestigtes Menschenmaterial, das zu handeln und ver-antworten fähig ist im Sinne überwundenen faschistischen Zwanges.

Leipziger Grassimuseum 50 Jahre alt

Das Grassimuseum, neben dem Museum der bildenden Künste das bedeutendste Kunst-institut dieser Art in Leipzig, blickte auf ein halbes Jahrhundert seines Bestehens zurück. Es war am 4. Februar 1896 feierlich eröffnet worden. Die während des Krieges verlagerten Museumsbestände sind zum größten Teil erhalten geblieben. Nur das Gebäude hat schwe-ren Schaden durch Bombenangriffe erlitten. So daß das 50jährige Grassimuseum seinen Ge-burtsort nicht in seinem alten Heim erlebte.

Freiwillige Kulturpende. Für den Wiederaufbau hallischer Kulturstätten wurde eine Organi-sation „Bauhütte Roter Turm“ ins Leben gerufen. Um diese Aktion zu finanzieren, ist unter anderem geplant, von jedem Kino-beucher eine freiwillige Spende von 10 Rpf. zu erheben. An allen Kinokassen sollen Spendenmarken zum Preise von 10 Pfennig ausgegeben werden.

# Generalleutnant R. A. Rudenko klagt an

Die Fortsetzung des großen Anklagegedes des Vertreters der Sowjetunion in Nürnberg

Der tschechoslowakischen Jugend wurde die Bildungsmöglichkeit genommen. Als sich im Jahre 1942 eine tschechoslowakische Delegation an Frank mit der Bitte wandte, die tschechoslowakischen Hochschulanstalten zu eröffnen, antwortete er zynisch, „wenn der Krieg von England gewonnen wird, werden Sie Ihre Schulen selbst eröffnen, wenn Deutschland siegt, reichen 8-Klassen-Schulen für Sie aus.“

Wir haben alle blutigen Maßnahmen der Hitlerherrscher gegen die tschechoslowakische Bevölkerung in Erinnerung. Eine der zahlreichen ungeheuerlichen Terrorakte gegen die friedliche Bevölkerung wurde in der deutschen Zeitung „Der neue Tag“ vom 11. Juni 1942 geschildert:

„Während der Suche nach dem Mörder des Obergruppenführers der SS wurde unbestreitbar nachgewiesen, daß die Bevölkerung des Dorfes Lidice bei Kladnow den Schuldigen an dem Verbrechen erhalten hat. Das wurde nachgewiesen, obwohl die Bevölkerung ihre Mitschuld bestritt. Die Einstellung der Bevölkerung zu einem solchen Verbrechen wird auch durch andere leinseitige Handlungen gegen das Reich bewiesen. Es wurden

zum Beispiel illegale Literatur, Waffen und Munitionslager, sowie ein Rundfunksender und eine ungesetzliche Aufbewahrung einer großen Anzahl radioelektrischer Waren entdeckt.

Alle Männer des Dorfes wurden erschossen, die Frauen in die Konzentrationslager und die Kinder an entsprechende Stellen zur Erziehung geschickt. Alle Gebäude dieses Dorfes wurden dem Boden gleichgemacht und der Name des Dorfes ausgespült.

Die Anklage verfügt über offizielles Material der tschechoslowakischen Regierung über die zum Himmel schreienden Verbrechen, die von den hitlerischen Eindringlingen auf dem Territorium der Tschechoslowakei verübt wurden.

Im Bericht der tschechoslowakischen Regierung, der zu einem bedeutenden Teil der Beschreibung des Besatzungsregimes der Hitleristen in der Tschechoslowakei gewidmet ist, werden hitlerische Terrorakte, Ermordung von Geiseln, Massenverschickungen in die Konzentrationslager sowie Morde an Frauen und Kindern angeführt.

Das war die „Richtlinie Grün“, wie sie verkörpert wurde.

## Der Ueberfall auf Polen

Am 1. September 1939 fielen die faschistischen Aggressoren, nachdem sie die vorher abgeschlossenen Verträge heimtückisch gebrochen hatten, in das Gebiet von Polen ein. Das polnische Volk wurde massenweise vernichtet, die Städte und Dörfer erbarmungslos zerstört.

Dem Gericht stehen die von meinen Kollegen vorgelegten offiziellen Dokumente, die diesen Ueberfall antworten, zur Verfügung. Zu diesen Dokumenten zählte vor allem die ganz geheime Mitteilung über die Konferenz bei Hitler, die am 23. Mai 1939 stattgefunden hat, und bei der außer Hitler und anderen Personen die Angeklagten Göring, Raeder und Keitel anwesend waren.

Auf dieser Konferenz gab Hitler eine ausführliche Erklärung über die gegenwärtige Lage und die politischen Ziele. Mit Hitler sagte:

„Der Pole stellt keinen unerwarteten Gegner dar. Polen wird stets auf der Seite unserer Gegner sein. Es handelt sich nicht um Danzig. Es handelt sich für uns um den Lebensraum im Osten und die Sicherung der Lebensmittelversorgung sowie um die Lösung des baltischen Problems.“

„Auf diese Weise“, sagte Hitler, „entfällt die Frage, daß man Polen schonen kann, und es bleibt der Beschluß, Polen bei der ersten Möglichkeit zu überfallen. Man kann nicht mit einer Wiederholung der tschechischen Operation rechnen. Das wird der Krieg sein.“

Hitler sagte ferner:

„Die Hauptsache — der Konflikt mit Polen, wird nur in dem Falle erfolgreich sein, wenn der Westen aus dem Spiele bleibt. Wenn das unmöglich ist, ist es besser, die Westmächte zu überfallen und Polen den Garau zu machen.“

Im zweiten Teil seines Berichtes auf dieser Konferenz verteilte Hitler ausführlich bei einer ganzen Reihe militärisch-strategischer Fragen, die mit seinem Beschluß, Polen zu überfallen, in Zusammenhang stehen. So wurde der räuberische Ueberfall Hitlerdeutschlands auf Polen vorbereitet, der im September 1939 verkörpert wurde.

Es werden von uns dokumentarische Beweise der ungeheuerlichen Verbrechen, die die Hitleristen in Polen begangen haben, vorgelegt werden.

### 3. Der Ueberfall auf Jugoslawien

Zu den anderen slawischen Ländern, die einem plötzlichen Ueberfall seitens Hitlerdeutschlands zum Opfer fielen, gehört Jugoslawien. Es ist bekannt, daß Hitler Versiche-

rungen abgegeben hat, daß Deutschland keine aggressiven Pläne Jugoslawien gegenüber habe. So erklärte Hitler in seiner Reichstagsrede am 28. April 1939, daß Deutschland bereit sei, einer Reihe von Staaten und insbesondere Jugoslawien, die Versicherung zu geben, daß es mit ihnen im vollen gegenseitigen Einverständnis bleiben werde, da es mit diesen Staaten verbunden und durch enge Freundschaftsbande verbunden sei.

Noch früher, am 26. April 1938, erklärte die Berliner Agentur:

„Vertrauenspersonen haben der jugoslawischen Regierung im Namen Deutschlands mitgeteilt, daß die Absichten des letzteren sich nicht über Oesterreich hinaus erstrecken und daß die jugoslawische Grenze unantastbar bleibt.“

Trotz dieser mehrfach und kategorischen Erklärungen fiel die Hitlerarmee am 6. April 1941 in Jugoslawien ein und besetzte dieses Land.

## Der heimtückische Ueberfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR

### 1. Die militärische Vorbereitung des Ueberfalles auf die UdSSR

Meine Herren Richter, ich gehe zur Darlegung von Verbrechen über, welche die hitlerischen Aggressoren gegen mein Land, gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, begangen haben.

Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlerdeutschland heimtückisch die UdSSR.

Dieses Datum kann jedoch nicht als der Beginn der Verwirklichung des Angriffsplanes Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion angesehen werden. Das, was am 22. Juni 1941 geschehen ist, wurde lange vorher erdacht, vorbereitet und geplant.

Diese Vorbereitung haben die Hitlerverbrechen ununterbrochen betrieben. Alle Anstrengungen Deutschlands gegen eine Reihe von europäischen Staaten, die im Zeitraum von 1938 bis 1941 durchgeführt wurden, stellten eigentlich die Vorbereitung für den Hauptschlag im Osten dar.

Das faschistische Deutschland steckte sich das verbrecherische Ziel, sich in den Besitz der Territorien der Sowjetunion für die Ausplünderung und Ausbeutung der Völker der UdSSR zu setzen.

Zu Besichtigung bracht man sich nicht auf das Buch Hitlers „Mein Kampf“ und andere Bücher und Aufsätze der hitlerischen Hauptlinge zu beziehen, in denen bekanntlich eine direkte Bedrohung gegen die UdSSR und ein

Dieser Ueberfall war nur für das betroffene Land unerwartet, da die faschistische Clique von vornherein genau so wie in den oben angeführten Fällen den Ueberfallplan sorgfältig ausarbeitete.

In der streng geheimen Richtlinie des Führerhauptquartiers vom 27. März 1941, die nur für die höchsten Befehlshaber des deutschen Heeres bestimmt war, heißt es:

„Meine Absicht ist es, durch konzentrierte Schläge aus dem Bezirk Flume-Stadt und Solva in Jugoslawien mit einer allgemeinen Richtung auf Belgrad und südlich vorzustoßen mit dem Ziel, den jugoslawischen Truppen eine entscheidende Niederlage beizubringen und den Südtteil Jugoslawiens von dem übrigen Land abzuschneiden und ihn zu einem Brückenkopf für die Fortsetzung der deutsch-italienischen Operationen gegen Griechenland zu verwandeln. Durch das Versprechen, Mazedonien und Banat zurückzugeben, werden Maßnahmen eröffnet, Bulgarien und Serbien zu den Operationen heranzuziehen. Die innerpolitische Krise in Jugoslawien wird durch politische Garantien den Kroaten gegenüber verschärft werden.“

Ferner setzt diese Richtlinie einen ausführlichen strategischen Plan des Einfalls in Jugoslawien fest und sieht die konkrete Teilnahme der Streitkräfte des deutschen Heeres vor, darunter das 9. Luftwaffenkorps, das für diese Operationen vom italienischen Territorium herangeholt werden soll.

Auf diese Weise können wir auf der Grundlage authentischer Dokumente der Hitlerregierung und des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht feststellen, daß Hitlerdeutschland bei allen Ueberfällen auf die slawischen Staaten auf der Grundlage eines rechtzeitig ausgearbeiteten Planes handelte, der einen Teil der allgemeinen verbrecherischen Verschwörung des deutschen Raubimperialismus gegen die freiheitsliebenden Völker darstellt.

Jugoslawien wurde genau so wie Polen das Opfer deutsch-faschistischer Raubtätigkeiten, die dieses blühende Land mit Ruinen bedeckten und die Felder, Gärten und Aecker mit Leichen und blutigen Spuren der Verbrechen übersäten, welche im heldenmütigen Kampf gegen die ausländischen Eindringlinge und Sklavenhändler, im Kampfe um die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Heimat gefallen sind.

Hinweis darauf enthalten ist, daß die Aggression des deutschen Imperialismus nach dem Osten gerichtet werden soll, um den sogenannten „Lebensraum“ zu erobern.

Dieses Streben des deutschen Raubimperialismus fand in der bekannten Formel „Lebensraum im Osten“ seinen Ausdruck.

Ich wende mich zu offiziellen Dokumenten der Hitlerregierung als Beweismittel, welche die Angeklagten der Begehung verbrecherischer Handlungen, die ihnen durch die Anklageschrift in dieser Sache zur Last gelegt werden, überführen.

Gestatten Sie mir vor allem, mich auf ein Dokument mit dem Titel „Mitteilung über die Konferenz vom 23. Mai 1939“ zu beziehen. Wie aus diesem Dokument zu ersehen ist, fand diese Konferenz im Kabinett Hitlers in der Neuen Reichskanzlei statt, und ihre Niederschrift wurde im Kabinett seines Auswärtigenstabes, Schmundt, vorgenommen. An der Konferenz nahmen Hitler, Göring, Raeder, Brauchitsch, Keitel, Generaloberst Milch, General der Artillerie Halder und andere Vertreter der deutschen obersten Führung teil. In der Niederschrift sind die „Instruktionen über die gegenwärtige Lage und die politischen Ziele“ das Thema der Konferenz waren.

In seiner Rede auf dieser Konferenz verbriefte Hitler mehrfach die Frage der Eroberung von Territorien im Osten. Er sagte:

„... Wenn des Schicksals uns einen Konflikt mit dem Westen bringt, wird es gut sein, wenn wir zu diesem Zeitpunkt über einen größeren Raum im Osten verfügen...“

Und ferner:

„Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten, die Sicherung der Lebensmittelversorgung und um die Lösung des baltischen Problems. Bei der Lebensmittelversorgung kann man nur mit wenig bevölkerten Gebieten rechnen. Neben der Fruchtbarkeit des Bodens wird sich die gründliche Führung der Wirtschaft durch die Deutschen in einer mehrfachen Vergrößerung der Lebensmittelproduktion auswirken.“

In einem anderen Dokument, das den Titel „Das Profil der Beratung des Führers mit den Oberbefehlshabern am 23. November 1939“ trägt, unterstrich Hitler die Notwendigkeit, das Problem des Kampfes um Erdöl, Gummi und Bodenschätze zu lösen. In dieser Ansprache formulierte Hitler die Hauptaufgaben in folgender Weise:

„Den Lebensraum an die Bevölkerungszahl anzupassen. Das ist das ewige Problem, das richtige Verhältnis zwischen der Anzahl der Deutschen und der Territorien, die sie bewohnen, den notwendigen Raum zu gewährleisten. Keine gestrichelte Bescheidenheit kann hier nützen. Man kann es nur mit Hilfe des Schwertes lösen.“

Auf dieser Konferenz deckte Hitler mit aller Offenheit seine Pläne über das Streben nach dem Osten auf. Indem er sich seiner Erfolge bei der Besetzung Böhmens und Mährens sowie Polens rühmte, verbergte er nicht mehr seine Absichten einer weiteren Aggression im Osten.

„Im Grunde genommen habe ich nicht dazu die Streitkräfte wieder aufstehen lassen“, sagte Hitler, „damit sie untätig bleiben. Der Entschluß, zu handeln, war stets in mir. Früher oder später, aber ich wollte das Problem lösen.“

Dabei ließ sich die Hitler-Regierung in keiner Weise durch den Nichtangriffspakt vom 23. Aug. 1939, der zwischen Deutschland und der UdSSR abgeschlossen war, hindern. Im übrigen ist jetzt die zynische Phrase Hitlers, daß die Verträge so läng erhalten werden wie sie zweckmäßig sind, allgemein bekannt geworden.

In der Rede meines amerikanischen Kollegen wurde bereits die Ansprache des Angeklagten Jodl auf der Konferenz der Gauleiter in München im Januar 1943 zitiert. In dieser Rede sagte der Angeklagte Jodl:

„... bereits in der Zeit, als noch der Feldzug im Westen andauerte, informierte mich Hitler über seine Absicht, die UdSSR anzugreifen.“

Der Angeklagte Raeder sagte bei der Untersuchung aus, daß die Idee eines Feldzuges gegen die UdSSR schon längst im Kopf Hitlers entstanden war und sich immer mehr und mehr festigte in dem Maße, wie sich die Wahrscheinlichkeit einer Landung in England im Juni 1940 verringerte.

Nach den Aussagen des Angeklagten Keitel habe Hitler die Absicht, die UdSSR Ende 1940 zu überfallen. Bereits früher, im Frühjahr 1940, wurde der Plan eines Ueberfalles auf die UdSSR ausgearbeitet. Beratungen über diese Frage wurden den ganzen Sommer über durchgeführt.

Im Juli 1940 wurde in Reichenthal auf einer militärischen Konferenz der Plan eines Ueberfalles auf die UdSSR beraten.

Das wird auch durch die Aussagen des Angeklagten Jodl bestätigt, der bei der Vernehmung aussagte, daß die Pläne eines Ueberfalles auf die UdSSR im November 1940 konkret ausgearbeitet waren und in derselben Zeitperiode die ersten Richtlinien an die Armee, Kriegsmarine und Luftflotte von ihm erlassen wurden. Mit diesen Direktiven meinte Jodl das „Dok. Nr. 21“ unter dem Titel „Vorbereitung der Operation Barbarossa“, dieses Dokument ist von Hitler, Jodl und Keitel unterzeichnet.

Diese nur für die höchsten Führer des deutschen Heeres bestimmte Richtlinie enthält einen sorgfältig ausgearbeiteten Plan eines plötzlichen Ueberfalles auf die UdSSR.

Die Anklageurde wird in der morgigen Ausgabe fortgesetzt.

## Die Mutter

ROMAN VON MAXIM GORKI

Geschrieben im Jahre 1927

9. Fortsetzung

In allen Versammlungen stand der Kleiner, sobald die Wortgefechte einen allzu hitzigen und stürmischen Charakter annahmen, auf und redete, wie ein Glockenläppel hin und her schwingend, mit seiner klavonvollen, summen Stimme so gut und einfach, daß alle ruhiger und erster wurden. Wessowschikow drängte alle stets vorwärts; er und der Roiharbe, namens Samoilow, begannen stets den Streit. Der rundkopfige Iwan Bukin, mit weißen Augenbrauen und Wimpern, der wie angeglauht aussah, stimmte ihnen bei. Jakob Sosnow, der glatte, saubere, sprach mit seiner leisen, ersten Stimme wenig; er und Fedja Masin mit der hohen Stirn traten beim Streit auf die Seite Pawels und des Kleineren.

An Nataschas Stelle erschien manchmal Nikolai Iwanowitsch aus der Stadt, der eine Brille und einen hellen Bart trug; er stammte aus einem entfernten Gouvernement und sprach einen eigentümlichen Dialekt, mit reinem „o“. Sein ganzes Wesen war fremdartig. Er zeigte die einfachsten Sachen — sprach über das Familienleben, über Kinder, Geschäfte, Polizei, über Brot- und Fleischpreise, über alles, was Tag für Tag im menschlichen Leben vorkommt, und entdeckte in allem und jedem Durcheinander, Betrug, Dummeit, bisweilen auch Lächerlichkeit und stets etwas, was den Menschen offenbar schadete. Der Mutter kam es so vor, als ob er aus weiter Ferne, aus einem anderen Reich gekommen sei, wo alle Menschen ein rechtliches, behagliches Leben führten, während ihm hier alles, was er gegen sich nieder sah, nicht an dieses Leben gewöhnen, es nicht als not-

wendig hinnehmen konnte, es gefiel ihm nicht und erweckte stets den ruhigen, aber hartnäckigen Wunsch in ihm, alles nach seiner Art umzuändern. Sein Gesicht war gelblich, die Augen liefen keine, strahlend roten Runzeln, seine Stimme war leise und die Hände stets warm. Wenn er die Wassowa begrüßte, umschloß er ihre ganze Hand mit seinen festen Fingern, und nach einem solchen Handdruck wurde ihr leichter und ruhiger ums Herz.

Es erschienen auch andere Leute aus der Stadt, am häufigsten ein hohes, schlankes, junges Mädchen, mit übermäßig großen Augen im mageren, blassen Gesicht. Sie hieß Sascha. In ihrem Gang und ihren Bewegungen lag etwas Männliches; sie runzelte ärgerlich die dichten, dunklen Brauen, und wenn sie sprach, zitterten die feinen Flügel ihrer geraden Nase. Sascha war die erste, die laut und scharf sagte:

„Wir sind Sozialisten.“

Als die Mutter dieses Wort hörte, starrte sie erschrocken und schweigend in das Gesicht des jungen Mädchens. Sie hatte gehört, daß Sozialisten den Zaren getötet hatten. Das war in ihrer Jugend gewesen; damals hatte man erzählt, Gutschikow, der sich an dem Zaren rächen wollte, daß er die Bauern freigegeben, hätte geschworen, sich so lange nicht das Haar zu scheren, bis sie ihn getötet hätten; deshalb nenne man sie Sozialisten. Und jetzt konnte sie nicht begreifen, warum ihr Sohn und seine Freunde Sozialisten seien.

Als alle fort waren, fragte sie Pawel: „Pawluscha, bist du etwa Sozialist?“

„Ja“, sagte er und stand gerade und fest wie immer vor ihr. „Weshalb fragst du?“

Die Mutter seufzte schwer und fragte mit gesenktem Blick:

„Ist das wirklich wahr, Pawluscha? Sie sind doch alle in den Zaren, sie haben doch einen ermordet!“

Pawel ging im Zimmer auf und ab, strich mit der Hand über die Wangen und sagte lächelnd:

„Das haben wir nicht nötig!“

„Das sprach er trocken, mit seiner stillen, ersten Stimme zu ihr. Sie blickte ihm ins Gesicht und dachte:

„Er tut nichts Schlechtes, er kann es nicht!“

„Das schreckliche Wort kam immer häufiger vor, es wirkte nicht mehr so scharf und wurde ihrem Ohr ebenso vertraut wie die Dutzende anderer unverständlicher Worte. Sascha aber gefiel ihr nicht. Wenn sie erschien, fühlte die Mutter Unruhe und Sorge.

Eines Tages sagte sie zu dem Kleineren, in dem sie sich befand, „Instruktionen über die Aufgabe“, die Saschenka ist doch sehr herrisch!“ Sie kommandierte immer — ihr sollt dies tun und das...“

Der Kleinerne lachte laut auf: „Das stimmt, ma wieder, Mutterlein, Ihr habt den Nagel auf den Kopf getroffen Pawel, habe ich recht!“

Dabei blinzelte er der Mutter zu und sagte mit lächelnden Augen:

„Das macht die vornehme Abkunft.“

„Pawel sprach trocken, mit seiner stillen, ersten Stimme zu ihr. Sie blickte ihm ins Gesicht und dachte:

„Sie ist ein gutes Mädchen.“

„Auch das stimmt“, bestätigte der Kleinerne, „aber sie begreift nicht, daß sie ma, wir aber w o l l e n und k ö n n e n.“

Sie strich über etwas, was die Mutter nicht verstand.

Sie hatte auch bemerkt, daß Saschenka am herrschlichsten gegen Pawel war, ihn bisweilen sogar ansprach. Pawel lächelte, schwieg aber, und ebenso mit dem Gesicht des jungen Mädchens, wie er früher Natascha angesehen. Das gefiel der Mutter ebenfalls nicht.

Manchmal überraschte die Mutter ein plötzlicher Abbruch stürmischer Freude bei ihnen, der sie plötzlich allesamt ergriß. Das geschah in den Abenden der Fall, wo sie in den Zeitungen über die Arbeiterbewe-

gung im Ausland lasen. Freudig glänzten dann aller Augen, sie empfanden ein eigenartiges Glücksgefühl, wie die Kinder, lachten fröhlich und heil und klopften sich freudenschallig auf das Schuttern.

„Bravo Burschen, die deutschen Genossen!“ rief jemand wie bezaubert von seiner Fröhlichkeit.

„Und die italienischen Arbeiter — sie leben hoch!“ schrie ein anderer.

Und indem sie diese Ausrufe Freunden in der Ferne zuschickten, die sie nicht kannten und deren Sprache sie nicht verstanden, waren sie anscheinend fest davon überzeugt, daß diese unbekanntenen Menschen sie hören und ihre Begeisterung verstehen müßten.

Der Kleinerne sprach mit blitzenden Augen, erfüllt vom Gefühl einer alles umschließenden Liebe:

„Es wäre schön, ihnen einmal zu schreiben, was man hat. Damit sie erfahren, daß ihnen in Rußland Freunde leben, die denselben Glauben wie sie bekennen; daß hier Menschen leben, die die gleichen Ziele verfolgen und sich über ihre Siege freuen.“

Und alle sprachen lang und träumerisch, mit leuchtenden, verwandtschaftlichen Augen. Engländer und Schweden wie über ihren Herzen nahehergehende Menschen, die sie niemals gesehen hatten und doch liebten und verehrten.

In dem engen Zimmer erwuchs ein Gefühl geistiger Verwandtschaft der Arbeiter der ganzen Welt. Dieses Gefühl vereinte wie zu einer Seele; es erregte auch die Mutter, und obgleich sie es nicht verstand, so richtete es sie doch auf, durch seine freudige Stärke, seine Jugend, berausende, hoffnungsvolle Kraft.

„Was seid ihr für Menschen!“ sagte sie einmal zu dem Kleineren. „Alle sind eure Genossen — Armenier, Juden und Oesterreicher, für alle fühlt ihr Kummer und Freude.“

(Fortsetzung folgt)

# Die Geburtsstunde der Einheitspartei

## Abschluss der Zonenkonferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

### Die Rechenschaftsberichte

Am 2. Verhandlungstag wurde über die Arbeit in den einzelnen Ländern und Provinzen berichtet. Der Bericht des Generalen Volkmann, Halle, über die Provinz Sachsen veröffentlichten wir bereits gestern.

Kollege Neubert sprach über das Land Sachsen, das über 800 000 FDGB-Mitglieder hat. In Tausenden von Betrieben haben wir die faschistischen Betriebsführer beseitigt und durch Treuhänder ersetzt. Dabei haben sich zuverlässige, intelligente Facharbeiter gut bewährt. Flachspinnerien, die früher von mehreren Direktoren geleitet wurden, leitet heute ein Mann. Allerdings beginnen die abgesetzten Direktoren schon wieder aus ihren Mauselochern hervorzukommen. Aber wir haben vorgesorgt: innerhalb von acht Tagen hatten wir einen neugebildeten Industriellenverband bereits wieder aufgelöst. Ebenso haben wir die sächsischen Kohlensyndikate aufgelöst. Und die Arbeiter des Bergbaus haben die Produktionen nicht nur um hundertprozentig erhöht, teilweise haben sie es schon um 30 v. H. überschritten.

Bis zu zehn Arbeitern ist ein Schwachbeschiediger einzustellen, für je 25 weitere Arbeiter immer ein Schwachbeschiediger. Kein sozialpolitisches Gesetz verläßt eine Amtsstube, das nicht vorher die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hat.

Kollege Polack sprach über das Land Mecklenburg, das früher 1,5 Millionen Einwohner hatte und jetzt 3 Millionen zählt. Hunderttausende von Umsiedlern werden noch kommen. Ihnen gilt es Heimat zu geben. 2103 Jungkrieger wurden an 66 000 Kleinbauern, Landarbeiter und Umsiedler aufgeteilt, so daß unter Einschluß der Angehörigen 200 000 Menschen gehalten werden konnte. Kapitalistische Elemente, die erst dann arbeiten, wenn ihr Profit sichergestellt erscheint, hatten wertvolle Maschinen versteckt. Wir aber haben in den Stroh aufgebauert und in Gang gesetzt. So wird auch in Mecklenburg überall für den Aufbau gearbeitet.

### Proletarier aller Zonen, vereinigt euch

Der letzte Tag

Die Montagsitzung brachte die große Aussprache, in deren Verlauf Genosse Carl Vollmers aus das Wort ergrieff. Er betonte, daß die am Sonntag veröffentlichten Richtlinien der KPD zum Aufbau der Wirtschaft sich auf einen Grund und einen zentralen Gedanken stützen: die Sozialdemokratischen Partei decken. Das ist für die gewerkschaftliche Entwicklung von größter Bedeutung. Wenn die Wirtschaft in den anderen Zonen noch zurückgeblieben ist, so auch deshalb, weil dort die Gewerkschaften sich noch nicht entwickeln konnten. Es hat sich gezeigt, daß in den Reihen der Gewerkschaften Männer stehen, die Betriebe leiten können.

Allgemeine Spannung lag über dem Saal, als am Dienstag der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Thüringens, der Kollege Hoffmann aus Weimar, sprach.

Jeder wollte wissen: Was sagen die Thüringer Sozialdemokraten zur Einheit?

Die Gewerkschaften stellen dem Monopol des Kapitals das Monopol der Masse Arbeitskraft gegenüber. Die Voraussetzung ist politische Einheit. Wir können nur schließen, wenn die Arbeiterklasse ihre Kraft geschlossen einsetzt in einer Partei, in einer Gewerkschaft, in einer Genossenschaft, in einer Kulturbewegung. Wir Thüringer haben das erkannt. Am 6. April werden die letzten Parteitage der SPD und der KPD in Thüringen stattfinden. 7. April der Vereinigungsparteitag. Es gibt Stimmen im Westen, die behaupten, die SPD stehe in der Frage der Einheit unter Druck.

Ich will es daher hier ausdrücklich aussprechen, daß diese Termine auf Wunsch von uns Sozialdemokraten festgesetzt sind.

Wir Thüringer haben die Tradition der Parteitage von Gotha, Eisenach und Erfurt zu wahren. Und wir wünschen, daß Berlin, der Westen, ganz Deutschland, unserem Beispiel bald folgen möge. Wir wollen in diesem Sinne den alten Kampf des Kommunistischen Manifests variieren und rufen:

### Proletarier aller Zonen, vereinigt euch!

Minutenlang, jubelnde Zustimmung lohnte dieses Einheitsbekenntnis, das nicht beim Bekenntnis stehenbleibt, sondern von der Erkenntnis sofort zur formenden Tat streitet.

Einen weiteren Höhepunkt erreichte die Konferenz, als Walter Ulbricht die nationale Bedeutung dieser Konferenz proklamierte. Sie wird die Arbeit in ganz Deutschland befruchten, denn sie zieht die Konsequenzen aus den Erfahrungen, die im Ruhrgebiet so gut gelungen wie in Thüringen sind. Wir wünschen, daß die Gewerkschaftler aller Zonen sich vereinigen, weil wir für die Einheit Deutschlands sind.

Wir haben aus der Vergangenheit gelernt und verstehen unter Demokratie die feste Kampfeinheit der demokratischen Parteien und der Beschlüsse von Politbüros, die festlegen, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln ist. Damit ist festgelegt, daß das Ruhrgebiet zu Deutschland gehört.

Denn ohne das Ruhrgebiet kann Deutsch-

land wirtschaftlich nicht existieren. Das Ruhrgebiet ist deutsch und wird deutsch bleiben. Es gibt Gebiete in Deutschland, in denen die Gewerkschaften nur lokal bestehen dürfen, während die Konzernbetriebe ihre Ängste über ganz Deutschland ausbreiten. Wir sehen darin nicht Demokratie, sondern eine Bevorzugung der Monopolkapitalisten, die nicht nur das deutsche Volk bedrohen, sondern ebenso das französische, amerikanische, sowjetische.

Dann stellt Walter Ulbricht fünf Bedingungen für die weitere Entwicklung in ganz Deutschland auf:

1. Bodenreform, damit nicht mehr die Junker, sondern die Komitees für gegenseitige Bauernhilfe auf dem Dorf bestimmen.
2. Entfernung aller Faschisten aus der Verwaltung.

Von der Provinz Brandenburg meldete Kollege Wolff, daß 40 v. H. der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind. Deshalb können wir nur mit 123 000 FDGB-Mitgliedern auskommen. Stärker als wo anders hat uns die Neubauernhilfe beschäftigt. Wir versuchen freudig Beispiele der fröhlichen Initiative. Eine Kottbusser Weberin fertigt in der Produktion von 7000 Meter Tuch im September auf 38 000 Meter im Dezember steigen. Aber die Glasbläser der Niederlausitz wanderten Maximalgeschwindigkeit, um, als ihnen die Rohstoffe fehlten. Ebenfalls wurden in der Ersatzlieferung für den Braunkohlenbergbau eingegriffen. Noch in einer anderen Frage mußten wir zentral eingreifen: bei der Verstaatlichung des Braunkohlenbergbaus. Hier waren nämlich Eingriffe, in die Wirtschaft wegen Störung der Ruhe und Ordnung verboten worden. So konnten sich die Faschisten weiter ausbreiten. Da haben wir schnell Abhilfe geschaffen.

### Indonesien und der Sicherheitsrat

London (SNB). Wie aus London gemeldet wird, sprach in der Sonnabenditzung des Sicherheitsrates der ukrainische Delegationsführer Dr. Manuilski.

Nach ihm ergrieff Ernest Bevin das Wort und widersprach entschieden der Entsendung einer Untersuchungskommission der UNO nach Java, da dies seiner Meinung nach einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Mächte gleichkommen würde. Denselben Standpunkt vertrat der holländische Delegierte van Kleffens, der nach Bevin zu Wort kam.

Die Sonderschlichtungsausschüsse, die von dem ägyptischen Delegierten Moudahri Riaz eröffnet, der sich gegen die Entsendung einer Kommission aussprach.

Ernest Bevin brachte danach erneut seine Opposition gegen die Beteiligung an einer Untersuchungskommission der UNO zum Ausdruck.

Nach Bevin ergrieff der holländische Delegierte van Kleffens das Wort. Zur Entsendung holländischer Truppen nach Indonesien sagte er, diese Mannschaften seien vor allem zur Ablösung der britischen Truppen bestimmt, welche die Zusage, daß sie nicht gegen eine wirklich nationale Bewegung eingesetzt werden. Sie würden allerdings gegen allzu radikale Elemente Verwendung finden.

Darauf ergrieff Wjatschynsky das Wort und führte u. a. aus, daß die Sowjetunion die Forderung, daß eine Kommission der Vereinten Nationen den indonesischen Streitfall an Ort und Stelle prüfen solle, unterstütze. Er erklärte weiter, daß die Sowjetdelegation die Erklärung über Indonesien, die von Manuilski, dem Leiter der ukrainischen Delegation abgegeben wurde, als gerechtfertigt betrachte.

Die Tatsache des Einsatzes von Truppen gegen die ortsansässige Bevölkerung in Indonesien stände nicht in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Charta. Wjatschynsky wiederholte darauf die Forderung, eine Prüfungskommission nach Java zu entsenden. Die Abneigung des holländischen Außenministers van Kleffens eine Prüfungskommission einzusetzen, könnte nur durch seinen Wunsch, jeden Lichtstrahl von der dunklen Lage Indonesiens fernzurufen, erklärt werden.

3. Übergang der Betriebe der Faschisten, Kriegsinventaren und Kriegsverlängerer in die öffentliche Hand.
4. Dauerndes Verbot aller Unternehmervverbände.
5. Als Garantie für alles dies die Vereinigung der Arbeiterparteien in kürzester Frist.

Wir Kommunisten wollen konsequent einen demokratischen Weg gehen, der den besonderen Bedingungen in Deutschland entspricht. Und ein solcher Weg ist möglich, wenn die genannten fünf Bedingungen erfüllt werden. Wenn aber das Monopolkapital an der Herrschaft bleibt, dann ist ein demokratischer Weg zum Sozialismus nicht möglich. (Stürmischer Beifall.)

Man fragt, ob die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien nicht unter Druck erfolge. Jawohl, sie erfolgt unter Druck: Unter dem Druck der Thüringer und der Sachsen, die zur Vereinigung drängen, ohne uns um Erlaubnis zu fragen. Sie sollen ruhig weiter auf die Zentralen Druck ausüben! (Stürmischer Beifall.)

Und dann schließt Walter Ulbricht unter der stärksten Zustimmung der Delegierten mit der

### Otto Grotewohl stürmisch begrüßt

Zum Schluß der Aussprache erschien der Genosse Otto Grotewohl und gab unter dem Beifall der Delegierten die Erklärung ab, die der Zentralrat der Arbeiterparteien in der Sitzung verlesen wurde. Sie wurde in unserer gestrigen Ausgabe wörtlich wiedergegeben.

Nachdem sich der Beifall nach dieser historischen Erklärung gelegt hatte, schrien die Delegierten zur Wahlurne, um zum erstenmal nach dreizehn Jahren wieder frei ihre Vertreter zu wählen.

Hans Jendretzky hielt das Schlußwort: Erfahrungen aus der Vergangenheit sind Dinge, die man nicht vorbegehen können. Und die größte Lüge, die wir aus der Vergangenheit her gezeugen haben, ist die Einsicht in die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiter.

Die Einheit ist der Feind, auf dem die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse ruht.

So schloß die erste Allgemeine Konferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Deutschland (Heute) in Berlin. Sie war eine Konferenz von größter Bedeutung für die deutschen Gewerkschaften.

Die Konferenz hat die Geburtsstunde der Sozialistischen Einheitspartei eingeläutet.

### Der neue Vorstand

In geheimer Wahl nahmen die Delegierten die Wahl des Vorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes vor. Jedem der Delegierten wurde eine Kandidatenliste vorgelegt, die 39 Namen enthielt, von denen 45 mit einem Kreuz zu versehen waren, da der Vorstand sich aus 45 Mitgliedern zusammensetzt. Im Ergebnis der Wahl wurde folgender Vorstand des FDGB konstituiert: Hans Jendretzky (Berlin), Willi Albrecht (Thüringen), Herbert Warnke (Mecklenburg-Pom.), Rudolf Jäger (Halle), Friedel Mäler (Berlin), Walter Ulbricht (Berlin), Paul Gruner (Land Sachsen), Adolf Kaufmann (Land Sachsen), Grete Groh (Pflaun, Sa.), Karl Fugger (Berlin), Raimund Chwalik (Frankfurt), Wilhelm (Thüringen), Rudi Metzel (Prov. Sachsen), Franz

### Indonesien und der Sicherheitsrat

Wjatschynsky erklärte, daß nicht nur der Friede gefährdet sei, sondern das Kriegszustand bestehe. Eine Meldung aus Den Haag zeigt, daß noch ausgedehntere militärische Aktionen gegen die Indonesier zu erwarten seien. Er erklärte, daß solche Aktionen Drohungen für den zukünftigen Frieden und die zukünftige Sicherheit in sich bergen. Diese Ereignisse machen es den Vereinten Nationen zur Pflicht, der Unsicherheit in Indonesien ein Ende zu setzen. Aus diesem Grunde ist es der Ansicht, daß solche Aktionen werden muß, daß die Vereinten Nationen nach den Bedingungen der Charta wegen der Lage auf Indonesien intervenieren sollen. Der Umfang der Intervention müsse natürlich begrenzt werden.

### Das französische Militärbudget

Paris, 12. Februar (SNB). Nach einer Frankreichsentscheidung beschloß der französische Rat der nationalen Verteidigung am Montagabend, das Militärbudget auf 140 Milliarden Franken herabzusetzen. Das Budget wird sich wie folgt zusammensetzen: Armee 78 Milliarden Franken, Artillerie 14 Milliarden Franken und Kolonialtruppen 48 Milliarden Franken. Die Fraktionen im Alter von 23 Jahren werden vor Ende des Jahres demobilisiert werden.

### Panzerpatrouillen in Kalkutta

London (SNB). Wie Reuter meldet, gab der Gouverneur von Bengalen, Richard G. Casey, nach dem blutigen Zusammenstoß in Kalkutta die Befehle, daß das Heer sofort bereit sei die Zivilgewalt zu unterstützen. In seiner Rundfunkansprache an die Bevölkerung forderte Casey die Bürger auf, in ihren Häusern zu bleiben. Er sagte: „Mit den Gewalttaten des Panzerkriegs rasch ein Ende gemacht werden.“

Vor Einbruch der Nacht eröffnete die Polizei in Kalkutta innerhalb von drei Stunden erneut dreimal das Feuer. Die Verluste sind noch nicht bekannt. Panzerwagen patrouillieren das Gebiet des Dalhousie-Platzes, wo eine Anzahl Regierungsgebäude und führende britische und indische Geschäftshäuser gelegen sind.

Feststellung, daß die bürgerliche Klasse Deutschland aus einer Krise in die andere geführt habe, und nun die deutsche Arbeiterklasse aus die Fehlleitung zu übernehmen.

Die sich anschließende Aussprache befaßte sich vor allem mit der Festigung der Einheit der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften sowie von der Frauen- und Jugendarbeit. Der Vertreter der Braunkohlen-Gewerkschaftler, Max Grotewohl, schloß seine Rede: „Wir kämpfen wie ihr für die Einigung der Arbeiterklasse und öffnen uns damit dem Weg zum Sozialismus.“

Pohlig-Leipzig konnte mitteilen, daß in der Gesamtmitgliedschaft der Braunkohlenindustrie das Soll um 46 Prozent überschritten wurde. Rund 400 t Braunkohle gehen monatlich in die westliche Zone zum Austausch gegen Steinkohle und sonstige Gebrauchsgüter. In der graphischen Industrie werden u. a. die Lesebücher für die neue Schule hergestellt.

Martha Andresse gab in großen Zügen ein Bild von den sozialpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften, unter besonderer Berücksichtigung der Frauenarbeit, des Mutterschutzes und der Betreuung der Körperbehinderten.

Bemerkenswert ist ein Ausspruch des Genossen Max Grotewohl vom Verband der technischen Angestellten: „Wäre nur ein Bruchteil der Kraft zum Fortschritt unseres Volkes verwandt worden, die wir zur Zerstörung der Welt gebracht haben, dann würden wir in einem Waidwunder leben, der uns jetzt unfassbar erscheint.“

### Frauenprobleme vor der UNO

London (SNB). Wie Reuter meldet, sprachen vier Frauendelegierte vor der Generalsammlung der UNO über den Anteil der Frauen an den Weltanliegen. Sie vereinigten sich in einem Appell, daß den Frauen Gelegenheit gegeben werden sollte, im öffentlichen Leben eine größere Rolle zu spielen. Die vier Delegierten waren Frau Roosevelt (Vereinigte Staaten), Minerva Bernardino (dominikanische Republik), Frau Frieda Land (Norwegen) und Frau H. Verwey (Niederlande). „Wir wenden uns überall an die Regierungen“, erklärte Frau Roosevelt, „Frauen dazu zu ermutigen, auf die nationalen und internationalen Angelegenheiten einen stärkeren Einfluß auszubüben.“

Die meisten Stimmen, 648 erhielt der Kollege Ulbricht, weiter folgen Jendretzky 642, Albrecht 634, Gruner 618, Groh 618, Moericke 618, Jäger 616, Voß 616, Warnke 614, Rettmann 611, Lemmer 611, Grotte 606, Kaufmann 604, Chwalik 604, Kätcher 604, Metzel 602, Müller 602, Puff 601, Meising 601, Claus 597, Kühn 594, Herbolz 591, Görtel 571, Müller 504.

### Indonesien und der Sicherheitsrat

Wjatschynsky erklärte, daß nicht nur der Friede gefährdet sei, sondern das Kriegszustand bestehe. Eine Meldung aus Den Haag zeigt, daß noch ausgedehntere militärische Aktionen gegen die Indonesier zu erwarten seien. Er erklärte, daß solche Aktionen Drohungen für den zukünftigen Frieden und die zukünftige Sicherheit in sich bergen. Diese Ereignisse machen es den Vereinten Nationen zur Pflicht, der Unsicherheit in Indonesien ein Ende zu setzen. Aus diesem Grunde ist es der Ansicht, daß solche Aktionen werden muß, daß die Vereinten Nationen nach den Bedingungen der Charta wegen der Lage auf Indonesien intervenieren sollen. Der Umfang der Intervention müsse natürlich begrenzt werden.

### Das französische Militärbudget

Paris, 12. Februar (SNB). Nach einer Frankreichsentscheidung beschloß der französische Rat der nationalen Verteidigung am Montagabend, das Militärbudget auf 140 Milliarden Franken herabzusetzen. Das Budget wird sich wie folgt zusammensetzen: Armee 78 Milliarden Franken, Artillerie 14 Milliarden Franken und Kolonialtruppen 48 Milliarden Franken. Die Fraktionen im Alter von 23 Jahren werden vor Ende des Jahres demobilisiert werden.

### Panzerpatrouillen in Kalkutta

London (SNB). Wie Reuter meldet, gab der Gouverneur von Bengalen, Richard G. Casey, nach dem blutigen Zusammenstoß in Kalkutta die Befehle, daß das Heer sofort bereit sei die Zivilgewalt zu unterstützen. In seiner Rundfunkansprache an die Bevölkerung forderte Casey die Bürger auf, in ihren Häusern zu bleiben. Er sagte: „Mit den Gewalttaten des Panzerkriegs rasch ein Ende gemacht werden.“

### Frauenprobleme vor der UNO

London (SNB). Wie Reuter meldet, sprachen vier Frauendelegierte vor der Generalsammlung der UNO über den Anteil der Frauen an den Weltanliegen. Sie vereinigten sich in einem Appell, daß den Frauen Gelegenheit gegeben werden sollte, im öffentlichen Leben eine größere Rolle zu spielen. Die vier Delegierten waren Frau Roosevelt (Vereinigte Staaten), Minerva Bernardino (dominikanische Republik), Frau Frieda Land (Norwegen) und Frau H. Verwey (Niederlande). „Wir wenden uns überall an die Regierungen“, erklärte Frau Roosevelt, „Frauen dazu zu ermutigen, auf die nationalen und internationalen Angelegenheiten einen stärkeren Einfluß auszubüben.“

### Indonesien und der Sicherheitsrat

Wjatschynsky erklärte, daß nicht nur der Friede gefährdet sei, sondern das Kriegszustand bestehe. Eine Meldung aus Den Haag zeigt, daß noch ausgedehntere militärische Aktionen gegen die Indonesier zu erwarten seien. Er erklärte, daß solche Aktionen Drohungen für den zukünftigen Frieden und die zukünftige Sicherheit in sich bergen. Diese Ereignisse machen es den Vereinten Nationen zur Pflicht, der Unsicherheit in Indonesien ein Ende zu setzen. Aus diesem Grunde ist es der Ansicht, daß solche Aktionen werden muß, daß die Vereinten Nationen nach den Bedingungen der Charta wegen der Lage auf Indonesien intervenieren sollen. Der Umfang der Intervention müsse natürlich begrenzt werden.

en Kon-  
de gut  
er einen

Erweite-  
Siche-  
um die  
Neben  
sich die  
durch die  
roberung

ien Titel  
rers mit  
er 1939"  
ndigkeit  
mmi und  
nsprache  
in fol-  
ungszahl  
da zahl  
der affen  
sohrie-  
n, was  
hilfen des

iller mit  
Strehen  
s seiner  
und  
rbarg er  
weiteren

ch nicht  
erhalten  
ein, was  
aber ich

in keiner  
23. Aug.  
1940  
bringen ist  
die Ver-  
sue zweck-  
den. Kolle-  
geklagten  
bleiter in  
eser Rede

der Feld-  
erte mich  
dSSR an-

der Unter-  
Feldzugs  
pi Hilters  
und mehr  
alschsen  
Juni 1940

en Keitel  
Ende 1940  
Jahr 1940,  
die dSSR  
ese Fra-  
er durch-

auf einer  
ines Ueber-

des An-  
der Veres  
Ueber-  
1940 kon-  
derselben  
an die  
ven meint  
dem Titel  
annt ist,  
und Keitel

ührer des  
linie ein-  
Plan eines  
als und  
gige Aus-  
sere

glanzten  
in eigen-  
ruchten  
ich freun-  
digen  
Genossen!"  
Frolich-

ie leben

enden in  
1940,  
den waren  
eugt, daß  
ören und

blitzenden  
als um-  
schreiben,  
daß ihnen  
denselben  
Menschen  
olgen und  
risch, mit  
sen, Eng-  
in Herzen  
mal, es  
verehrten,  
ein Gefühl  
eiter der  
e wie zu  
gegen diese  
chleite es  
Stärke,  
ungsvolle

er sie  
sind über  
er Oester-  
Freude."  
ng folgt.)

8 - 60119

en Kon-  
de gut  
er einen

Erweite-  
Siche-  
um die  
Neben  
sich die  
durch die  
roberung

ien Titel  
rers mit  
er 1939"  
ndigkeit  
mmi und  
nsprache  
in fol-  
ungszahl  
da zahl  
der affen  
sohrie-  
n, was  
hilfen des

iller mit  
Strehen  
s seiner  
und  
rbarg er  
weiteren

ch nicht  
erhalten  
ein, was  
aber ich

in keiner  
23. Aug.  
1940  
bringen ist  
die Ver-  
sue zweck-  
den. Kolle-  
geklagten  
bleiter in  
eser Rede

der Feld-  
erte mich  
dSSR an-

der Unter-  
Feldzugs  
pi Hilters  
und mehr  
alschsen  
Juni 1940

en Keitel  
Ende 1940  
Jahr 1940,  
die dSSR  
ese Fra-  
er durch-

auf einer  
ines Ueber-

des An-  
der Veres  
Ueber-  
1940 kon-  
derselben  
an die  
ven meint  
dem Titel  
annt ist,  
und Keitel

ührer des  
linie ein-  
Plan eines  
als und  
gige Aus-  
sere

glanzten  
in eigen-  
ruchten  
ich freun-  
digen  
Genossen!"  
Frolich-

ie leben

enden in  
1940,  
den waren  
eugt, daß  
ören und

blitzenden  
als um-  
schreiben,  
daß ihnen  
denselben  
Menschen  
olgen und  
risch, mit  
sen, Eng-  
in Herzen  
mal, es  
verehrten,  
ein Gefühl  
eiter der  
e wie zu  
gegen diese  
chleite es  
Stärke,  
ungsvolle

er sie  
sind über  
er Oester-  
Freude."  
ng folgt.)

8 - 60119

